

# KALENDER GEGEN DEN KRIEG

1986

Preis: **Kalender 1986  
gegen den Krieg**  
DM 8,80

Der Kalender gegen den Krieg erscheint nun im dritten Jahrgang. Wie bisher enthält er Fotos und Textbeiträge, in denen Informationen und Meinungen zu den wichtigen Themen der Friedens- und Anti-Kriegsbewegung enthalten sind:

\* Bundeswehr und Wehrpflicht \* 40 Jahre Hiroshima \*  
\* Strategische — Weltraumrüstung \* Kriminalisierung  
\* Mutlangen, Bombenzüge, Weltwirtschaftsgipfel \* und  
viele andere.

Desweiteren die aktuellen Adressen von Friedensorganisa-  
tionen und Gruppen, Filmen, Materialien, die den Kalender  
zu einem wichtigen Handbuch der Friedensbewegung ge-  
macht haben.

Und natürlich ist der Kalender ein ganz «normaler» mit  
übersichtlichem Kalendarium, Ferienplänen 1986, den  
wichtigsten Postgebühren, einem Telefonverzeichnis usw.

Herausgeber des Kalenders sind wie in den Vorjahren  
Bernd Weidmann aus Göttingen und Herbert Meyer aus  
Recklinghausen, die sich den unabhängigen Teil der Frie-  
densbewegung zugehörig fühlen.

Bestellungen an: Verlag Die Werkstatt, Lotzestr. 24 A in  
3400 Göttingen, Tel. 0581-7700657. Für Wiederverkäufer  
wird ein Rabatt von 30% gewährt (ab 5 Stck.)

Grüße  
Bernd Weidmann



# mehrwert

Heft 26

## INTERNATIONALISIERUNG DER PRODUKTION UND DRITTE WELT

- |  |   |
|--|---|
| Rhys Jenkins                           | Kontroverse Standpunkte zur<br>internationalen Arbeitsteilung   |
| Knuth Dohse/<br>Ulrich Jürgens         | Konzentration und internationale<br>Arbeitsteilung in der Automobil-<br>industrie — am Beispiel Ford<br>und General Motors                          |
| Reinhard Doleschal                     | Zur internationalen Reorganisa-<br>tion der Produktions- und<br>Absatzkonzepte im Volkswagen-<br>konzern  |
| Rainer Dombois                         | Zieht die Autoindustrie in<br>Niedriglohnländer? Abhängige<br>Industrialisierung am Beispiel<br>der mexikanischen Autoindustrie                     |
| Dieter Ernst                           | Mikroelektronik, Automation und<br>die Internationalisierung der<br>Elektronikindustrie — Strate-<br>gische Implikationen für<br>Entwicklungsländer |
| Sibylle Raasch/<br>Philipp Wahnschaffe | Die Integration der bundesrepu-<br>blikanischen Textil- und<br>Bekleidungsindustrie in die<br>neue internationale Arbeitstei-<br>lung               |
| Werner Kampeter                        | Entwicklung der Weltwirtschaft<br>und internationale Arbeitsteilung<br>— über die Kluft zwischen<br>Theorie und Empirie                             |

DM 16,00  
Zu beziehen über: VVA, Karl - Bertelsmann - Straße 161,  
4830 Gütersloh

# LATEINAMERIKA nachrichten

13. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN 143  
Berlin (West) Dezember 1985 DM 4,50

## LATEINAMERIKA nachrichten

monatlich  
Informationen + Berichte  
unabhängig aber  
parteilich

NETZWERK  
GEFÖRDERT



**ZENSUR IN BERLIN-WEST**

Forschung  
Doku

Berlin 64  
Tel: 693 40 29

### Aus dem Inhalt:

**KOLUMBIEN:** Drei Jahre Friedensbemühungen in Schutt und Asche  
— **ARGENTINIEN:** Ausnahmezustand und Parlamentswahlen —  
**CHILE:** Generalstreik in Sicht — **NICARAGUA:** Kaffee — gut  
gelaunt genießen — **BRD:** Wie frei ist Nicaragua? Beobachtungen  
bei CDU-Veranstaltung

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>Editorial</b> .....	4
— BRD: Zensur in Berlin-West .....	6
Wie frei ist Nicaragua? .....	8
— KOLUMBIEN: Drei Jahre Friedensbemühungen in Schutt und Asche .....	11
— ARGENTINIEN: Ausnahmezustand und Parlamentswahlen ....	16
— CHILE: Generalstreik in Sicht? .....	27
Noch bei seiner Beerdigung mußte er sich mit dem Regime herumschlagen .....	33
— USA: Sendungsmythos, politische Weltmission und die Medienkirche der "neuen Moral" (I) .....	36
— NICARAGUA: Notstand mit vielen ? ? ? .....	43
Kaffee — gut gelaunt genießen! .....	50
— SOLIDARITÄT: Nachlese zur Kaffeeaktion .....	65
2 Jahre Gesundheitsbrigade in Nicaragua .....	68
Tepito: Hier kriegt uns keiner raus! .....	71
Aufruf zur Unterstützung des EPS .....	72
— KULTUR: Teatro Vivo .....	73
— REZENSIONEN: Atlantikküste Nicaraguas .....	75
Ist Freies Pädagogik übertragbar? .....	76
Spiritualität und Befreiung .....	77
— ZEITSCHRIFTENSCHAU .....	78
— EINGEGANGENE BÜCHER .....	79

Impressum  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Jahrgang 13 der CHILE-NACHRICHTEN  
erscheint monatlich  
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)  
ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Christian Klemke  
Druck: Movimento, Berlin-West  
Redaktionsschluß: 14. November 1985

Abo-Preise:  
Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-  
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West: 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:  
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN  
Im Mehringhof  
Gneisenaustr. 2  
1000 Berlin 61  
Tel. 030/6934029

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1.3.1985

**EIGENTUMSVORBEHALT**  
Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

Endlich gibt es

## Sammelmappen für die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Bereits im August 1984 hatten wir zur Subskription für Sammelmappen für die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN eingeladen. Die Zahl der damaligen Vorbestellungen war jedoch nicht hoch genug, um die Mappen herstellen zu lassen, weil der Herstellungspreis bei niedriger Auflage so hoch war, daß wir draufgezahlt hätten. Inzwischen haben wir eine Firma gefunden, die Sammelmappen gleicher Qualität auch in kleiner Stückzahl zu einem angemessenen Preis liefert.

Jede Sammelmappe aus kartonverstärkter PVC-Folie hat zwölf Hefstäbe, die je ein Heft in der Mappe festhalten.

Bis 31. 12. 1985 gelten die folgenden Preise:

1 Sammelmappe	DM 10,-	Bei Vorauszahlung (Ver-
2 Sammelmappen	DM 19,-	rechnungsscheck der Be-
3 Sammelmappen	DM 28,-	stellung beilegen) schicken
jede weitere Mappe	DM 8,50	wir die Mappen portofrei.

Ab 1. 1. 1986 kostet jede Mappe DM 12,- (zzgl. Porto).

\*\*\*\*\*

Wie jedes Jahr im Dezember, wenn Geschenkideen gesucht werden, wollen wir auch dieses Jahr wieder auf die Möglichkeit von **Geschenk-Abonnements** hinweisen.

## LATEINAMERIKA nachrichten

**Geschenkabonnement 1986** (DM 50,—)

Im Unterschied zum normalen Abo, das sich jeweils automatisch um ein Jahr verlängert, wenn es nicht gekündigt wird, endet das Geschenkaboo nach Ablauf des Jahres. Zur Vereinfachung unserer Buchhaltung bitten wir bei Geschenkabos um Vorauskasse (Verrechnungsscheck DM 50,-) bei der Bestellung. Bei Geschenk-Abo-Bestellungen, die bis zum 18. Dezember bei uns eingehen, werden wir alles in unseren Möglichkeiten stehend tun, damit der beschenkte das Januar-Heft bereits vor Weihnachten erhält. Wer ein Geschenk-Abo bestellt bekommt von uns ein Geschenk: Eine Serie mit 12 Postkarten mit farbigen Drucken von chilenischen Arpilleras (gestickte Wandbilder).

\*\*\*\*\*

Namen und Anschriften auf Bestellungen für Sammelmappen und Geschenkabos bitte in Blockschrift schreiben!

## Editorial

"Düster, düster", lautete das Fazit der Redaktion nach dem Durchblättern der letzten LATEINAMERIKA NACHRICHTEN. Dies galt nicht nur der wie selten mißratenen optischen Aufmachung des letzten Heftes; der Seufzer bezog sich auch auf die Ereignisse in Lateinamerika, die schon seit geraumer Zeit einigen Redaktionsmitgliedern die Lust am Artikel schreiben rauben. Insofern ist der Eindruck, den die letzten LATEINAMERIKA NACHRICHTEN dem Betrachter vermitteln, durchaus symptomatisch, wenn auch die Ursachen, die den 'Kaminfeger-im-Tunnel'-Effekt bei vielen Fotos hervorriefen ungleich banaler sind, als die, die insbesondere unserer Mittelamerika-Fraktion wachsende Bauchschmerzen bereiten. Oberflächlich betrachtet war es schlicht ein Fehler bei der Druckplatten-Herstellung - für den wir uns hiermit entschuldigen - der die Seiten über die Maßen verdunkelte, wengleich das Versehen des Druckers auch andere Mißstände angeschwärzt hat, die in der Redaktion allzulange mit zur Gleichgültigkeit neigender Resignation hingenommen wurden: Unsere Nachlässigkeit gegenüber Stilfragen oder, anders ausgedrückt, die mehrheitliche Geringschätzung der grafisch-optischen Erscheinungsweise der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN wurde endlich so offensichtlich, daß eine Diskussion über die kurz- oder langfristigen Verbesserungen des Lay-outs nicht länger vermeidbar war. Abgesehen davon, daß wir einmal mehr mehr Selbstdisziplin und größeren Einfallsreichtum in Lay-out-Fragen gelobten, liegt der manchmal langweiligen grafischen Aufmachung der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ein nicht von heute auf morgen behebbares Problem zu Grunde: Unser Bildarchiv konnte in den letzten Jahren nicht mit der allgemeinen Entwicklung Schritt halten, d.h., die uns zur Verfügung stehenden Fotos sind inzwischen veraltet oder leiden an durch häufigen Gebrauch bedingter Abnutzung. Zwar wollen wir demnächst jemanden zur Aktualisierung unseres Bildarchivs abstellen, sind aber ansonsten angesichts unserer finanziellen Lage auf Selbsthilfe angewiesen.

*Deshalb der Apell an alle unsere Leser:*

*Wer auf einer Lateinamerika-Reise Fotos gemacht hat oder sonst Zugang zu Fotos aus Lateinamerika hat soll uns diese doch bitte zur Verfügung stellen (möglichst schwarzweiß, 12 x 18 cm, kontrastreich). Gegebenenfalls können wir Materialkosten nach Absprache erstatten, allerdings kein Honorar bezahlen.*

Weit schwieriger - aber letztlich ergiebiger - erwiesen sich die Diskussionen um die Zweifel, die eine Reihe von Redaktionsmitglieder mittlerweile angesichts der politischen Entwicklung überkamen. Keine Frage, die Situation nicht nur in Zen-

tralamerika, sondern auf dem ganzen Subkontinent stimmt augenblicklich wenig optimistisch.

Das Massaker von Bogotá vor vierzehn Tagen und jetzt - am Tag des Redaktionsschluß - der Vulkanausbruch in den kolumbianischen Anden, von dessen Todesopfern wir jetzt schon behaupten, daß sie zum großen Teil auf das Konto derer gehen, die rechtzeitige Schutzmaßnahmen unterlassen haben, haben gerade noch gefehlt, unseren Optimismus zu stärken.

Die unübersichtliche Lage in El Salvador, wo der von vielen erhoffte baldige Sieg der FMLN erst mal in weite Ferne gerückt ist, die Lage in Nicaragua, wo man sich ebenfalls auf - wenig Anlaß zu Euphorie gebende - vielleicht Jahre andauernde nachrevolutionäre Mühen, mit all ihren Irrtümern und Fehlern, einstellen muß und das in Agonie verharrende Chile, wo trotz anhaltender nationaler Proteste, die Phalanx aus Militärs, Großbourgeoisie und internationalen Banken weiterhin eine gespaltene Opposition dominiert, machen das Erstellen der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN mehr und mehr zur Sisyphe-Arbeit.

Immerhin, in der durch den Frust einiger Redaktionsmitglieder ausgelösten Diskussion kamen so erstaunliche Informationen zum Vorschein, daß letztlich allen klar war, daß wir - Fatalismus hin oder her - keinesfalls sprachlos geworden sind, sondern immer noch genügend mitzuteilen haben, um auch 1986 weiterzumachen. Gerade zu Zeiten sich verhärtender Fronten in der Solidaritätsbewegung behaupten die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN den Anspruch, bestimmte Diskussionen über einen kleiner werdenden Kreis von Insidern hinaus zu verbreiten und selbstredend auch die dazu notwendigen Hintergrundinformationen zu liefern.

In diesem Sinne: Frohe Weihnachten und ein aktionsreiches Neues Jahr.

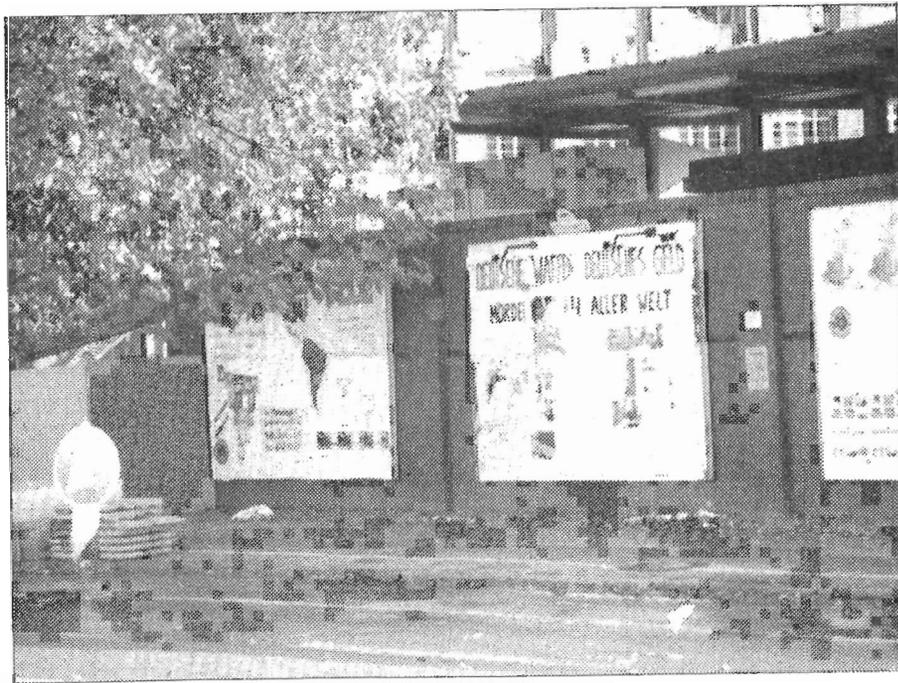
## BRD

### Zensur in Berlin – West

Netzwerk-Selbsthilfe, Finanzierungshilfesteller für alternative Projekte, hat im siebten Jahr seines Bestehens mit erheblichem Mitgliederschwund zu kämpfen. So beschlossen die Netzwerk-Aktiven, gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, sich selbst bekannt zu machen und geförderten Projekten eine Werbemöglichkeit zu bieten: Sie mieteten 20 Großwerbeflächen im Berliner Stadtgebiet für 10 Tage an und stellten sie den Projekten zur Verfügung.

Die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN haben Ende 1984 von Netzwerk für drei Monate einen Kredit zur Überbrückung von Liquiditätsschwierigkeiten bekommen. So bekamen auch wir die Gelegenheit, eine Plakatwand zu gestalten.

Die benachbarte Wand wurde vom Berliner Asyl e.V. bemalt und beschriftet: Unter der Überschrift "Deutsche Waffen, deutsches Geld morden in aller Welt" dokumentierten die Asyl-



Leute, mit welchen deutschen Waffen Asylanten in ihren Heimatländern bedroht sind und wo deutsche Waffen und Militärhilfe in Krisengebiete gegeben werden. Kaum war das Plakat fertiggestellt, rückte auch schon die örtliche Polizei an, um es einhändig abzukratzen und als Beweis "sicherzustellen".

Vorwand für die Zensur des Plakats von Asyl e.V. war der Vorwurf der "Volksverhetzung". Laut §130 StGB betreibt Volksverhetzung, wer "zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt, zu Gewaltmaßnahmen gegen sie auffordert, sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet". (Sind die Rüstungsindustrie oder die Ausfuhrgenehmigungen erteilende Bundesregierung Teile der Bevölkerung?) Nach der Zerstö-



rung des Plakats wurde dann auch der - unhaltbare - Vorwurf der Volksverhetzung fallen gelassen, er hatte ja seine Schuldigkeit getan. Inzwischen ermittelt die Polizei wegen des Verdachts der Beleidigung. Nur fehlt ihr wohl der Beleidigte, der einen Strafantrag stellt. Im übrigen dürfte es Asyl e.V. leicht fallen, den Wahrheitsbeweis für alle auf dem Plakat enthaltenen Aussagen anzutreten.

Soweit die staatliche Zensur. Die Firma Koschwitz, Vermieterin der Werbeflächen, ging weiter. Nach vorheriger Ankündigung ließ sie kurzerhand die "politischen Sachen" mit weißem Pa-

pier überkleben. Die Entscheidung, was politisch sei, überließ Herr Koschwitz seinen Klebekolonnen.

Betroffen waren neben den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN Ökoptopia (Gegen die Macht der Kaffeeekonzerne, vgl. LN 140, S. 79), das Archiv der Alternativ-Szene 'Papiertiger', die Druckerei Contrast und die Bürgerinitiative 'Sonne statt Blei' (gegen die Blei-Verseuchung der Umwelt durch die Schwarz-Schilling-Batteriefabrik 'Sonnenschein'). Netzwerk erwirkte eine einstweilige Verfügung gegen die Fa. Koschwitz, die der Firma verbot, die Werbeflächen vor Ablauf der Mietzeit nochmals zu überkleben oder abzureißen. Die Betroffenen zogen nochmals mit Pinsel und Kleister in die Kälte, stellten aber auch Strafantrag gegen Koschwitz wegen Sachbeschädigung. Nun warten wir auf den Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft.

Der Leser mag sich selbst ein Bild darüber machen, was von Berliner Plakatklebern als unzumutbar angesehen wird, weil es "politisch" ist. Die Wende ist auf fruchtbaren Boden gefallen und gedeiht prächtig!

## Wie frei ist Nicaragua?

### ANMERKUNGEN ZUM "NICARAGUA-REPORT" DER CDU

Rund 400 Teilnehmer waren am 29. Oktober in das Bonner Konrad-Adenauer-Haus gekommen, um sich von der CDU und einigen ihr befreundeten Mittelamerikanern die Frage beantworten zu lassen:  
wie frei ist Nicaragua?

Die Berechtigung der Fragestellung schien allein durch die Anwesenheit von über 80 Journalisten bewiesen. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler verteilte in seiner Eröffnungsrede allerdings nicht gerade Komplimente an die Medienvertreter. "Die Mauer des Schweigens und der Verfälschung in der internationalen Publizistik" müsse endlich durchbrochen werden, forderte er. Die einseitige Darstellung der nicaraguanischen Situation in den Medien müsse aufhören,

die Weltöffentlichkeit sich endlich bewußt werden, daß Nicaragua und Kuba die zentralamerikanische Region destabilisieren und den Demokratisierungsprozeß dort willentlich behinderten. So als ob die Sandinisten die internationalen Nachrichtenagenturen in der Hand hätten und sich ihrer nach Belieben bedienen könnten!

Was dann jedoch im Anschluß an Geißlers Einstimmung an einseitiger Information von den eingeladenen Vertretern der nicaraguanischen Opposition und anderen Lateinamerikanern - durch die Bank führende Mitglieder christdemokratischer oder christlich-sozialer Parteien - auf die Teilnehmer dieses Nicaragua-Reports niederging, glich unisono dem, was man sonst aus der unmittelbaren Umgebung des nordamerikanischen Präsidenten zum Thema Nicaragua hört. Am weitesten ging dabei der seit 3 Jahren im Brüsseler Exil lebende Gründer der Ständigen Menschenrechts-Kommission Nicaraguas, Esteban Gonzales, der die heutige Situation der Menschenrechte in Nicaragua für, so wörtlich, "quantitativ und qualitativ schlimmer als unter Somoza" hält.

Bei so massiven Vorwürfen bleiben einem die eigenen kritischen Anfragen an die Sandinisten glatt im Halse stecken.

Einseitigkeit gegen Einseitigkeit - sollte das etwa das Ziel des aufwendigen und anstrengenden eintägigen Spektakels in Bonn sein?

Derselbe Esteban Gonzales beschuldigte übrigens auch alle kirchlichen Hilfsorganisationen Europas, durch die Unterstützung der falschen Projekte zur Spaltung der Kirche in Nicaragua und im übrigen Mittelamerika beizutragen. Als Beispiel nannte er die Ablehnung eines von ihm selbst vorgeschlagenen Projektes durch das katholische Hilfswerk MISEREOR.

Hintergrund dieses Affronts: nach dem Sturz Somozas war Gonzales mit der Bitte an MISEREOR herantreten, die Arbeit der Ständigen Menschenrechts-Kommission mit 150.000 Dollar zu unterstützen. MISEREOR tat, was es in solchen Fällen immer tut; es bat die Nationale Bischofskonferenz um Entscheidungshilfe. Die nicaraguanischen Bischöfe, die damals der Sandinistischen Regierung noch relativ wohlwollend gegenüberstanden, lehnten den Antrag mit der Begründung ab, Menschenrechtsarbeit und Parteipolitik dürften nicht miteinander verknüpft werden. Esteban Gonzalez war nämlich zu jener Zeit nicht nur Vorsitzender der Ständigen Menschenrechts-Kommission, sondern gleich-

zeitig Chef der Christlich-Sozialen Partei Nicaraguas.

Diese Richtigstellung konnte der anwesende Vertreter von MISEREOR jedoch erst in der allgemeinen Diskussion am späten Nachmittag vorbringen, nachdem bereits etliche Teilnehmer und Pressevertreter gegangen waren. Auch das war symptomatisch für den Stil der Veranstaltung. Eine perfekte Regie hatte alles im Griff. Zwischenrufe von Vertretern der Solidaritätsgruppen wurden als Bestätigung der eigenen Position gewertet und von den mehrheitlich anwesenden CDU-Anhängern als witzige Einlage beklatscht.

Da machte es fast schon nichts mehr aus, daß der ehemalige costaricanische Außenminister, Dr. Bernd Niehaus, unwidersprochen behaupten konnte, sein kleines Land sei dem "expansionistischen Appetit" des Sandinistischen Nicaragua wehrlos ausgeliefert, und in Honduras würden zahlreiche Sabotage-Akte von Managua aus dirigiert - mit dem Ziel, "die marxistisch-leninistische Revolution" auch dort auszubreiten.

Das kommt nun in der Tat einer Umkehrung der wirklichen Verhältnisse gleich. Selbst die US-Regierung in Washington leugnet nicht, daß in Honduras etwa 15.000 sogenannte Contras militärisch auf ihre Einsätze in Nicaragua vorbereitet werden. Von den Greuelthaten der durch die USA finanzierten Contras war auf der gesamten Veranstaltung kein Wort zu hören. Und natürlich auch nichts darüber, daß Nicaragua ein Recht hätte, sich gegen diese von außen kommenden kriegerischen Aktionen zu verteidigen.

Heiner Geißler hatte diesen "Nicaragua-Report" immerhin als "ein internationales Forum für eine objektive Information" angekündigt.

Der um objektive Information bemühte Berichtersteller konnte nur einen einzigen unter ca. 20 offiziellen Rednern entdecken, der sich ansatzweise um Objektivität bemühte. Der ehemalige salvadorianische Außenminister und jetzige Bürgermeister von San Salvador, der Christdemokrat Morales Ehrlich, sah die Ursachen für die mittelamerikanischen Konflikte nicht nur bei Fidel Castro und den Sandinisten. Er erinnerte seine bundesdeutschen Parteifreunde daran, daß die europäischen Staaten nicht ganz schuldlos an der mittelamerikanischen Entwicklung seien, weil sie jahrezehntelang unbekümmert die dortigen Militärdiktaturen wirtschaftlich und politisch unterstützt hätten.

## KOLUMBIEN

### Drei Jahre Friedensbemühungen in Schutt und Asche

"Wir sind in Lebensgefahr. Sie müssen die Regierung bitten, das Feuer einzustellen. Ich flehe sie an, das Militär und die Polizei zu bitten, in ihrer Aktion einzuhalten."

Dies waren die verzweifelten Worte des Präsidenten des Obersten Kolumbianischen Gerichtshofes. Er kam beim Sturm des Militärs auf das von der Guerrillaorganisation M-19 besetzte Gebäude im Zentrum Bogotás ums Leben. Mit ihm starben ca. 100 weitere Menschen: Zivilpersonen, Militärs und Polizisten, 15 der 24 höchsten Richter, sowie alle an der Aktion beteiligten Guerrilleros (41).

### ÜBERFALL AUF DEN JUSTIZPALAST WAR ANGEKÜNDIGT

Seit einem Monat wußten Regierung und Militär, daß die M-19 eine Besetzung des Justizpalastes ins Auge gefaßt hatte. Bei einer Hausdurchsuchung in Bogotá waren dem Militär entsprechende Pläne in die Hände gefallen. Es gab genügend Zeit, sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten, wenn nicht das Eindringen der Guerrilleros überhaupt zu verhindern. Die Armeeführung hat die Provokation der M-19 bewußt und gut vorbereitet angenommen. In Bürgerkriegsmanier wurde der Justizpalast niedergebrannt und gestürmt, ein Blutbad ohnegleichen angerichtet. Der kolumbianische Präsident Belisario Betancur hat die volle und alleinige Verantwortung für das Vorgehen übernommen.

### MINIMALE FORDERUNGEN DER GUERRILLA

Als die M-19 1980 ein Heer internationaler Diplomaten beim Feiern in der Botschaft der Dominikanischen Republik in Bogotá überraschte und einen Großteil von ihnen über 61 Tage als Geiseln festhielt, war sich die Guerrillaorganisation der Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit sicher und trug nach friedlicher Beendigung der Besetzung einen politischen Erfolg davon. Dies war zu Zeiten des "Repressions- und Folterpräsidenten" Turbay Ayala.

1985 konnte (oder wollte) der "Friedenspräsident" Belisario Betancur ein Massaker, das innerhalb 27 Stunden seinen Lauf nahm, nicht verhindern.

Dabei waren die Forderungen der M-19 alles andere als unerfüllbar.



Ein Panzerfahrzeug der Armee drückt die Tür des Haupteingangs des Justizpalastes ein.

Sie konzentrierten sich in einem Punkt, der Veröffentlichung des Rechenschaftsberichts der staatlichen Friedenskommission in den Medien des Landes, um so der Guerrillaorganisation zu Folge, zu zeigen, daß nicht sie sondern die Militärs für die Monate zuvor erfolgte Aufkündigung des 1984 ausgehandelten Waffenstillstands verantwortlich sind.

Die Publizierung der Untersuchungsergebnisse der Friedenskommission wurde wenige Wochen zuvor von verschiedenen Ex-Ministern der Konservativen Partei Belisario Betancur gefordert. Als am 6. November die Guerrilleros des Kommandos "Iván Marino Ospina" in einem LKW in die Tiefgarage des Justizpalastes einfuhren, um von dort in die oberen Stockwerke des Gebäudes vorzudringen, handelte es sich um kein Selbstmordkommando. Darauf lassen nicht zuletzt die Ausrüstung mit Medikamenten und Lebensmitteln für längere Zeit, sowie die Pläne durch die Abwasserkanäle unter dem Gebäude die Flucht zu ergreifen, schließen.

### M-19 HAT VIELE POLITISCHE SYMPATHIEN VERLOREN

Eine verzweifelte Aktion war es vielleicht. Der Guerrillaorganisation wurden im Laufe der letzten Monate bei bewaffneten Auseinandersetzungen in den Großstädten Cali und Bogotá, sowie in den Departments Valle, Cauca und Tolima erhebliche Verluste beigebracht. Auf politischer Ebene hat sie viele Sympathien eingebüßt. Basisorganisationen in den Armenvierteln der Städte und auf dem Land haben wenig Verständnis für sporadische bewaffnete Aktionen, deren Konsequenzen (Verhaftete und Tote) sie auszubaden haben. Die Aufkündigung des Waffenstillstands durch die M-19, wenn aufgrund der permanenten schwer-

wiegenden Provokationen von Seiten der Militärs auch nachvollziehbar, konnte in der Öffentlichkeit nicht politisch gerechtfertigt werden.

### WER HAT DEN "FRIEDEN" GEBROCHEN?

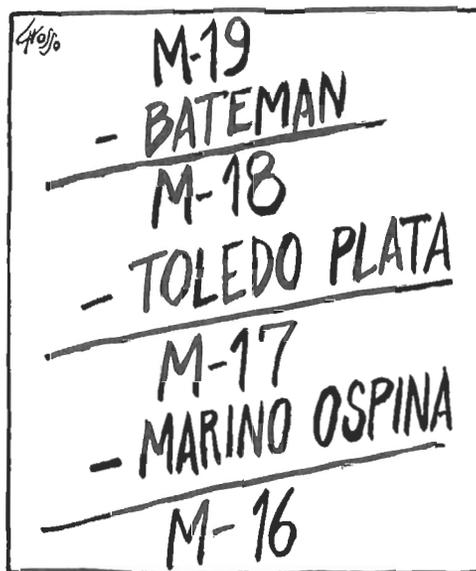
Von den "versteckten Feinden des Friedens, innerhalb und außerhalb der Regierung", wie sie der renommierte liberale Politiker Otto Morales Benítez 1983 anlässlich seines Rücktritts als Präsident der Friedenskommission nannte, wurden die politischen Fehler der M-19 geschickt ausgenutzt. In einer beispiellosen Desinformationskampagne die sich gegen alle Guerrillaorganisationen richtet, sowie den Friedensprozeß als solchen zu torpedieren sucht, konnten die "hardliner" innerhalb der Wirtschaftsverbände, des Parlaments und des Militärs erheblich an Terrain gewinnen. Die wichtigsten Manöver waren, die Vortäuschung einer Aktionseinheit Guerrilla-Mafia, die Verantwortlichmachung der Guerrilla für alle kriminellen Handlungen im Land (Entführungen, Morde, Überfälle), um diese als Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen zu interpretieren, sowie die Verbreitung der zynischen Legende, daß die Morde an amnestierten Guerrilleros auf das Konto rivalisierender Gruppen der Aufständischen gingen. Bedauerlicherweise gibt es Vorfälle, bei denen Mitglieder von Guerrillagruppen versuchen, ihre persönlichen und politischen Differenzen mit Waffen auszutragen. Was die Anschläge auf Amnestierte betrifft, so konnten die Vorwürfe in keinem Fall belegt werden. In der Regel blieben die Ermittlungen ohne Ergebnis.

Die Strategen der militärischen Lösung und der Politik der "eisernen Hand" befinden sich im Aufwind. Für sie war das Massaker im Justizpalast ein "Sieg", wie ihr Exponent, Verteidigungsminister General Vega Uribe, verkündet. Anfang 1984 konnte Präsident Betancur den aufmüpfigen, sich offen gegen den Friedensprozeß stellenden Verteidigungsminister Landazábal schnell zur Raison bringen und als Botschafter nach Holland schicken. Als Anfang diesen Jahres sein Nachfolger Matamoros starb, hatte Belisario Betancur nicht mehr den politischen Rückhalt, um das Aufrücken eines dezidierten Feindes von Waffenstillstand und Verhandlungen, des "Folter"-Generals Vega Uribe ins Amt des Verteidigungsministers, zu verhindern.

Die militärische Führung hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß die Verhandlungslösung nicht ihre bevorzugte Option ist. 1982, einen Monat nach der Amtsübernahme von Belisario Betancur, hebt sie hervor, sich einer Amnestie für die politischen Gefangenen zwar nicht zu widersetzen, sagt jedoch gleichzeitig daß diese nicht in ihrem Sinne sei. Heute optieren die Generäle für den offenen Krieg. Sie scheinen davon überzeugt zu sein, die M-19, die schwere politische Fehler gemacht hat, militärisch besiegen zu können. Dabei kommt der Armee zugute, daß die militärisch schlagkräftigste kommunistische Guerrilla FARC stillhält. Sie ist damit beschäftigt ihre innere Organisation zu festigen und das Heer ihrer Kämpfer auszubauen. Die kolumbianische Führungsschicht und das Militär verfolgen eine Politik von "Zuckerbrot und

Peitsche". Der politisch gefährlichere Gegner M-19 soll militärisch ausgerottet werden, während dem mit seinen über 30 "frentes" militärisch starken Gegner FARC ein gewisser politischer Spielraum gewährt, und als "Union Patriótica" die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen von 1986 in Aussicht gestellt wird. Gegenüber der M-19 heißt die Devise "operación rastrillo", die Guerrilla dort aufzuspüren, wo sie sich festgesetzt hat und sie zu vernichten.

*Verunglückte und ermordete Führer - Eine Rechenaufgabe für die Guerilla?*



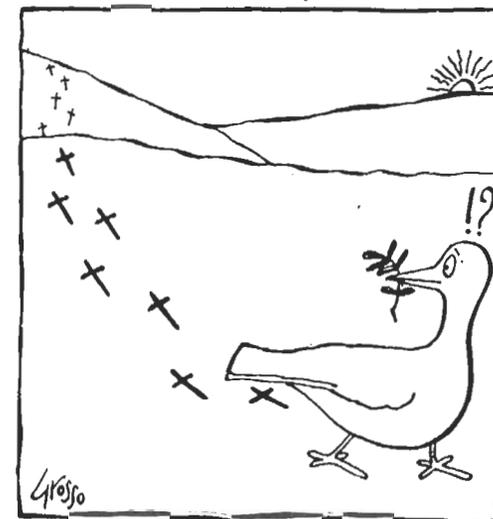
## ES WERDEN KEINE GEFANGENEN MEHR GEMACHT

Das Kommando "Iván Marino Ospina" mußte das vor Augen haben, als es in den Justizpalast eindrang. Nicht zuletzt waren drei Wochen zuvor bei der Entführung eines Milchtransports in einem Armenviertel von Bogotá 11 jugendliche Guerrilleros überwältigt und kurzerhand erschossen worden. Es scheint, daß das Militär keine Gefangenen mehr macht. So lassen sich auch die Vorfälle im Justizpalast interpretieren. Über den Führer des Guerrillakommandos Andrés Almarales hieß es zunächst im kolumbianischen Radio, er habe sich, leicht verletzt, ergeben. Das Fernsehen zeigte die Bilder des abgekämpften Guerrilleros. Wenig später die Nachricht, daß Almarales mit dem Krankenwagen ins Hospital gebracht werde. Eine halbe Stunde später die Meldung er sei während der Gefechte gefallen. Ähnlich im Fall von 4 weiteren Guerrilleros. Zuerst wurde berichtet, daß sie verhaftet und in ein gegenüberliegendes Museum gebracht worden seien. Danach die offizielle Stellungnahme, daß alle an der Besetzung beteiligten M-19 Mitglieder umkamen.

## ENDE DER VERHANDLUNGSPOLITIK?

Der spektakuläre Überfall auf den Justizpalastes sollte den Aufständischen die Möglichkeit bieten, vor der nationalen und internationalen Öffentlichkeit die zersetzende Rolle des Militärs im Verhandlungs- und Friedensprozeß des Landes zu demonstrieren. Damit wollten sie selbst politische Terrain aufholen. Die Aktion endete in einem militärischen Desaster für die M-19. Der politische Schaden, der durch das Massaker

angerichtet wurde, ist unermesslich. Die Friedenspolitik Belisario Betancurs ist mit dem Justizpalast in Schutt und Asche zerfallen. Das Militär hat es sich geleistet, das verzweifelte Ansinnen der obersten zivilen Richter des Landes, ihr Leben zu respektieren, im Kugelhagel zu ersticken. Kolumbien steuert auf eine militärische Polarisierung zu. Es wird noch weniger von dem so dringend notwendigen demokratischen Spielraum geben, der für eine Erneuerung der politischen Kultur, für die Entwicklung friedlicher politischer Auseinandersetzungsformen unerlässlich ist.



## DER PRÄSIDENT ÜBERNIMMT DIE VERANTWORTUNG FÜR DAS BLUTBAD

Daß Belisario Betancur in einer Fernsehansprache die volle Verantwortung für das Massaker übernommen hat, ist überraschend. Wenn, wie aus konservativen Parteikreisen verlautet, ihm keine andere Wahl außer dem Militärputsch blieb, welche demokratische Institutionen könnte er mit der Duldung eines Blutbades verteidigen wollen? Die eines Vega Uribe, der angibt, daß "durch das Vorgehen des Militärs die Demokratie gestärkt wurde." Der vor Monaten einsetzende persönliche Prestigeverfall des Präsidenten ist durch die Hervorkehrung des "starken Mannes" sicher nicht mehr aufzuhalten. Hinter Betancur steht bereits der Mann der Stunde, sein Parteikollege und designierter Nachfolger, der "harte Rechtsaußen" Alvaro Gomez Hurtado.

Die kolumbianischen Justizbeamten haben das Blutbad in Bogotá mit Streik, Demonstrationen und dem kollektiven Rücktritt von ihren Ämtern beantwortet. "Militärs Mörder" war am Tag nach dem Sturm auf den Justizpalast auf einer von ihnen veranstalteten Demonstration zu hören. Hoffentlich bleiben sie mit ihren Anklagen nicht allein. Alle, die sich gegen eine militärische Polarisierung in Kolumbien stellen, werden es schwer haben. Die Propaganda- und Desinformationsmaschine läuft inzwischen eifrig weiter: "Die Drogenmafia steckt hinter dem Attentat. Guerrillachef stellt die Geiseln in eine Reihe und schießt einen nach dem anderen ab", verbreitet die halbamtliche kolumbianische Presse.

## ARGENTINIEN

### Ausnahmestand und Parlamentswahlen

Am Freitag, dem 25. Oktober 1985 - nur neun Tage vor den Parlamentswahlen - verhängt die Regierung Alfonsín den Ausnahmestand für 60 Tage. Vorausgegangen sind eine Welle von Attentaten und der juristisch umstrittene Versuch, 12 mutmassliche Verschwörer um den flüchtigen Ex-General Suarez Masón in Haft zu nehmen, ohne den Ausnahmestand zu erklären. Trotz dieser Massnahme - die von der Regierung selbst auf die Inhaftierung der Verdächtigen eingeschränkt wird - geht der Wahlkampf unbehelligt weiter, die Wahlen finden wie geplant statt.

### DAS SPINNENNETZ DER VERSCHWÖRUNG

Seit Ende September explodieren vor allem in Buenos Aires, aber auch in der Provinz fast täglich Bomben in Militäreinrichtungen, Schulen und Universitäten. Fast täglich müssen Schulen und Kindergärten infolge von Bombendrohungen geräumt werden. Die Bomben richten vor allem Sachschaden an, aber in Cordoba kommt ein zufälliger Passant, ein Student ums Leben, in einem Hospital in Buenos Aires sterben zwei Neugeborene, als die Klinik wegen einer Bombendrohung geräumt wird.

In den ersten Wochen scheint die Regierung nicht auf diese Attentate zu reagieren. Die Vorfälle werden polizeilich untersucht, die Presse meldet die Attentate unter der Rubrik "Sensationen". Es sind vor allem die Studenten und Oberschüler, die gegen die Drohungen gegen die politischen Vertreter ihrer Organisationen versuchen mobil zu machen. Die Parteien sind vorwiegend mit dem Wahlkampf beschäftigt.

Diese Aktionen wurden nach Informationen der Zeitschrift "El Periodista" im September beschlossen:

Anfang September hielt sich der ehemalige General der Militärdiktatur Suarez Masón heimlich in Argentinien auf (er hatte sich ins Ausland abgesetzt, als abzusehen war, daß er vor Gericht gestellt werden würde). Sein letzter bekannter Aufenthaltsort ist Miami. Auf einem Landsitz in der Umgebung von Buenos Aires traf er sich mit einer Gruppe von rechten Zivilisten und Militärs. "Das Verfahren gegen die drei Militärjuntas, die Kürzungen des Verteidigungshaushaltes und die Destabilisierungsversuche von Kommandos, die mit Suarez Masón in Verbindung stehen, waren die wichtigsten Tagesordnungspunkte des Treffens. Man sprach von der Notwendigkeit, 'in die Offensive zu gehen'. Es gab ein doppeltes Ziel: Erstens,

psychologische Aktionen, um in der Bevölkerung ein Klima der Unsicherheit zu schaffen und gleichzeitig die Unfähigkeit der Regierung zu beweisen; zweitens Kommandoaktionen, um in den Streitkräften die Forderung nach Ordnung und Sicherheit zu verstärken." ('El Periodista', Nr. 59, 26.-31.10.1985)

Diese Zielsetzung erklärt auch die zunächst etwas verblüffende Kombination der Ziele der Attentate. Die Drohungen gegen Schulen und Kindergärten treffen gleichzeitig eine große Anzahl von Menschen und schaffen ein tägliches Klima von Sorge um die Sicherheit der Kinder. Die Attentate gegen Militäreinrichtungen - beispielsweise gegen ein Wohnheim für Offiziere im Ruhestand und gegen das Gebäude des Heeresoberkommandos - verstärken die durch den Prozeß gegen die ehemaligen Juntachefs existierende Unruhe in den Streitkräften.

Die Regierung erfährt von dem genannten Treffen, da ein Offizier des Staatssicherheitsdienstes eingeladen worden war, der anschließend (aber nicht rechtzeitig um die Verschwörer zu verhaften) seine Vorgesetzten informiert. In Absprache mit dem Heeresoberkommando ordnet Alfonsín eine genaue Untersuchung der Vorfälle an.

Während sich die Attentatswelle verstärkt, publiziert die Zeitschrift 'Humor' eine Recherche über Aktivitäten von Suarez Masón in Argentinien. Ausgehend von Finanztransaktionen des flüchtigen Ex-Generals decken zwei Journalisten auf, daß Suarez Masón und seine Gesinnungsgenossen in Buenos Aires eine Privatdetektei mit ca. 500 Angestellten - ehemalige und aktive Polizisten und Militärs - dirigieren. Die Detektei wird daraufhin auf eine Anzeige der Anwälte der Menschenrechtsorganisation CELS durchsucht. Die Polizei findet Waffen aus Militärbeständen und ein Archiv, das beweist, daß sich die Detektei vor allem mit Untersuchungen über Menschenrechtsorganisationen, Parteien und den fortschrittlichen Klerus beschäftigt. Außerdem gehört zu ihren Aufgaben, für Unternehmen Informationen über gewerkschaftlich aktive Arbeiter zu sammeln.

Intern nennt sich die Detektei "Scorpio"; es ist sicher kein Zufall, daß Suarez Masón 1977 eine Gruppe gleichen Namens im Heer gegründet hatte, die enge Verbindungen mit der Loge P-2 des Italieners Licio Gelli unterhielt, der Suarez Masón angehörte. Die Zeitschrift veröffentlicht außerdem Beweise, daß sich in Miami - in enger Zusammenarbeit mit konterrevolutionären Exilkubanern - eine Gruppe namens "Omega" gegründet hat, in der unverbesserliche Putschisten die Destabilisierung der Demokratie in Argentinien vorbereiten. ('Humor' Nr. 160, Oktober 1985)

Am 22. Oktober reagiert die Regierung Alfonsín. In einer nächtlichen Pressekonferenz erklärt Innenminister Troccoli,

daß die Regierung die Inhaftierung von 12 Zivilisten und Militärs veranlasst habe. Zu den Gesuchten gehören u.a.:

- Suarez Masón, der sich im Ausland aufhält; die Regierung fordert von den USA seine Auslieferung (die Korrespondentin fragt sich, wieso das nicht schon früher geschehen ist, da gegen ihn Anklagen wegen Menschenrechtsverletzungen während der Diktatur vorliegen)

- der Anwalt Patricio Camps, Sohn des ehemaligen Polizeichefs von Buenos Aires und vermutlich wichtigster Verbindungsmann zwischen den verschiedenen putschistischen Gruppen

- Oberst Pascual Guerriri aus dem Generalstab des Heeres, der unter Galtieri Militärberater in Mittelamerika war und nach Aussagen eines Offiziers gegenüber 'El Periodista' derzeit für psychologische Aktionen zugunsten der angeklagten Ex-Diktatoren zuständig ist

- Oberst i.R. Alejandro Arias Duval

- Oberst Jorge Granada aus dem Geheimdienst des Heeres

- der Anwalt Rosendo Fraga, enger Mitarbeiter von Ex-Juntachef Viola und Ex-Arbeitsminister der Diktatur von General Liendo

- der Journalist Daniel Rodriguez, der unter dem Pseudonym Daniel Lupa Kolumnen für die rechte Zeitung 'La Prensa' schreibt

- Federico Garcia Carlés, Führer einer faschistischen Bewegung und Herausgeber der Zeitschrift 'El Ataque' (der Angriff - sic!) und enger Freund des rechten Generalsekretärs der peronistischen Bewegung Herminio Iglesias

- sowie ein weiterer Bundesgenosse von Iglesias, der Großgrundbesitzer Enrique Gilardi Novaro.

Das Dekret, das diese Inhaftierungen anordnet, ist von Anfang an - auch in der Regierung - juristisch umstritten. Nach Artikel 23 der Verfassung hat die Regierung in Zeiten der Parlamentsferien das Recht, den Ausnahmezustand zu verhängen, der der Regierung die Möglichkeit gibt, Leute zu inhaftieren. Justizminister Aramburu argumentiert nun folgendermaßen: Wenn die Regierung das Recht hat, die schärfste Maßnahme (Ausnahmezustand) zu ergreifen, dann hat sie auch das Recht, eine geringere Maßnahme - in diesem Fall: Inhaftierung ohne Verhängung des Ausnahmezustandes - zu ergreifen. Was sich erst mal logisch anhört, hat jedoch einen großen Haken: Nach dieser Interpretation der Verfassung hätte dann die Regierung jederzeit - auch ohne Ausnahmezustand - die Möglichkeit, Leute auf Zeit zu inhaftieren.

Wie vorauszusehen, reagieren die Anwälte der Verdächtigen mit Habeas-Corpus-Gesuchen, die zu einem Rechtsstreit führen. Während einige Richter den Gesuchen stattgeben, so daß einige mutmaßliche Verschwörer sofort wieder freigelassen werden, bestätigen andere die Maßnahme der Regierung. Es bleibt aber

immer das Risiko, daß die nächsthöhere Instanz den Gesuchen stattgibt.

Unter diesen Umständen verkündet schließlich Innenminister Troccoli am 22. Oktober den Ausnahmezustand, schränkt ihn aber stark ein: Entgegen den "normalen" Regelungen des Ausnahmezustands bleiben die Versammlungen der Parteien und der gesamte Wahlkampf sowie die Bürgerrechte - außer denen der mutmaßlichen Verschwörer - unberührt. Der Ausnahmezustand ist somit lediglich eine juristische Konstruktion, um die Inhaftierung der 12 Verdächtigen zu ermöglichen.

Das beendet nun aber keineswegs den Rechtsstreit zwischen Regierung und Justiz. Infolge eines 1984 verabschiedeten Gesetzes zur "Verteidigung der Demokratie", das von dem UCR-Mitglied Fernando de la Rúa eingebracht worden war, haben die Gerichte das Recht, die Inhaftierung inhaltlich zu überprüfen, was erneut dazu führt, daß einem Teil der Habeas-Corpus-Gesuche stattgegeben wird. Das Ganze artet langsam aber sicher in eine Farce aus, wobei zum Zeitpunkt, als dieser Artikel geschrieben ist, nicht genau feststeht, wer nun eigentlich inhaftiert, frei oder flüchtig ist. Sicher ist nur, daß die verdächtigen Offiziere zwar "verhaftet" sind, aber unter Bewachung ihren Dienst versehen.

Was sich an diesen verworrenen Ereignissen letztlich zeigt, ist das Problem, daß es die Regierung seit ihrem Amtsantritt nicht fertiggebracht hat, das Militär und die Sicherheitsdienste von putschistischen Elementen zu säubern. Gerade in den Sicherheitsdiensten wurden viele Militärs im Amt belassen mit zwei Begründungen: um die Institution der Streitkräfte als solche nicht zu schwächen, und weil man angeblich die Spezialisten auch in der Demokratie braucht.

Die Parteien finden sich mit der Verhängung des Ausnahmezustandes ziemlich reibungslos ab, da ihr Wahlkampf nicht beeinträchtigt wird. Es hagelt geradezu Zustimmung, daß die Regierung nun endlich gegen die Verschwörung vorgeht, wenn auch hin und wieder der Verdacht aufkommt, daß dies vor allem ein wahltaktisches Manöver zugunsten der UCR sei.

Der Alltag scheint von diesen Ereignissen unberührt zu sein. Das Leben geht weiter wie gewohnt. Wegen des Wahlkampfklimas scheitern auch Versuche des PI (Partido Intransigente) und des peronistischen Frente Renovador, eine große Demonstration zur Verteidigung der Demokratie zu veranstalten. Nun rufen die Menschenrechtsorganisationen für den 8. November - also nach den Wahlen - zu einer Kundgebung auf. Bei ihnen ist eine echte Sorge um die Demokratie spürbar. Wegen der Attentate haben die Madres der Plaza de Mayo am 24.10. ihre wöchentliche Runde verlängert: bei eisigem Wind und Nieselregen bleiben sie vier Stunden auf dem Platz mit Plakaten,

auf denen steht: "Kannst Du mit einem Mörder leben? - Die Demokratie kann es nicht!" Am folgenden Donnerstag, nach der Verhängung des Ausnahmezustandes, habe ich zum ersten mal die Präsidentin der Mütter, Hebe Bonafini, bedrückt erlebt. In den letzten Wochen haben sich auch die Drohungen gegen die Mütter gehäuft, vor allem Hebe Bonafini wird immer wieder telefonisch bedroht. "Heute möchte ich am liebsten gar nicht reden. Fast fehlt mir die Kraft, um uns wie sonst immer aufzumuntern." Aber dann findet sie die Kraft doch und fordert die Regierung vehement auf, nach den Erfahrungen der letzten Wochen nun endlich die Initiative zu ergreifen und den Repressionsapparat zu demontieren, weil der eine ständige Gefahr für die Demokratie bleibe.

### WAHLKAMPF

Am 3. November stehen Nachwahlen zum Parlament, für die Provinz- und Stadtparlamente an. Das politische System Argentiniens ist ähnlich wie das der USA: alle zwei Jahre wird ein Drittel der Abgeordneten gewählt. Dies ist die erste Parlamentswahl seit 20 Jahren: Die verschiedenen Staatsstrieche hatten jeweils dafür gesorgt, daß es nicht dazugekommen war. Fast 900'000 junge Leute würden zum ersten mal an Parlamentswahlen teilnehmen.

Wichtigstes Wahlkampfthema - soweit man bei der Seifenreklamestrategie der Parteien überhaupt von Themen reden kann - ist die wirtschaftliche Situation: Die UCR beschwört die Erfolge der Bekämpfung der Inflation (Slogan: "Sie wissen: Alfonsín, um weiterhin die Inflation zu bekämpfen!"). Der peronistische Partido Justicialista der Hauptstadt präsentiert Carlos Grosso "um anzufangen zu wachsen!", während der Partido Intransigente vor allem gegen die Bezahlung der Auslandsverschuldung ist und verkündet: "Das ist möglich!". Die rechtslastige Union del Centro Democratico wirbt für weniger Steuern, während das neue Bündnis Frente del Pueblo (aus der moskautreuen PC und dem trotzkistischen MAS sowie peronistischen Dissidenten) den Slogan gefunden hat: "Arriba los de abajo!" ("Für die Benachteiligten!", wörtl. "Hoch die von unten!").

Der Regierungspartei UCR geht es vor allem darum, die Ergebnisse der Wahlen von 1983 zu halten. Ihr Wahlkampf läuft vor allem darauf hinaus, Unterstützung für Alfonsín zu mobilisieren; dementsprechend präsentieren sich die Parlamentskandidaten der UCR auch vor allem als treue Gehilfen des erfolgreichen Präsidenten. Da der UCR Verluste vorausgesagt werden (allerdings mit einer sehr hohen Quote von Unentschiedenen bei den Umfragen), besteht die Gefahr, daß die Regierung ihre bisherige Mehrheit im Kongreß verliert. So taucht dann etwa eine Woche vor den Wahlen ein Plakat auf: Alfonsín mit gefesselten Händen und dem Slogan: "Bindet ihm nicht die



"Wenn Moreau gewinnt, gewinnt Alfonsín; wenn Alfonsín gewinnt, gewinnen wir alle."

Hände!". Tags darauf sind einige der Plakate mit einem Spruchband überklebt: "Bindet ihm den Mund zu, damit er endlich handelt!"

Die spannende Frage bei diesen Wahlen ist jedoch, wie die verschiedenen Listen des Peronismus abschneiden werden. Seit dem gescheiterten Parteikongreß im Dezember 1984, der zu einer vorläufigen Spaltung der Partido Justicialista führte (vgl. LN 137, S. 54 - 58), und der oberflächlichen Vereinigung im Sommer 1985 im Kongreß von La Pampa, bei dem sich Herminio Iglesias als Generalsekretär durchsetzen konnte, haben die parteiinternen Auseinandersetzungen nicht aufgehört. In Kongress und Senat sind die Peronisten in mehrere Fraktionen gespalten, wobei die Mehrheit zu den "Erneuerern" ("renovadores") zählt.

Die wichtigste Auseinandersetzung findet seit einigen Monaten in der Provinz Buenos Aires statt. Hier haben sich die Dissidenten "Renovadores" um den früheren Wirtschaftsminister der peronistischen Regierung (1975 - 1976), Antonio Cafiero, gruppiert, während Iglesias über den Parteiapparat und die

Unterstützung der rechtslastigen peronistischen Gewerkschaften der "62 Organisationen" unter Lorenzo Miguel verfügt. Als eine Niederlage in den parteiinternen Wahlen für die Parlamentskandidaten abzusehen ist, schafft es Iglesias, diese Wahlen mit einigen Tricks ganz zu verhindern und sich ohne Wahlen zur ersten Kandidaten erklären zu lassen. Daraufhin gründet Cafiero eine oppositionelle zweite Liste. Die Versuche Miguels, eine Einheitsliste - möglichst mit dem populären Generalsekretär der CGT, Raul Ubaldini und dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Italo Luder - auf die Beine zu stellen, scheitern. Die "Kommission der 25", in der die weniger rechten und eher kämpferischen peronistischen Gewerkschaften zusammengeschlossen sind, stellt sich auf die Seite von Cafiero, die "62" unterstützen nach einigem hin und her Iglesias mit dem Argument, er sei der wirkliche Parteikandidat, während Cafiero gegen den Willen der Partei handle.

Damit werden die Parlamentswahlen für den Peronismus gleichzeitig zu parteiinternen Wahlen. Der Chronist der Zeitschrift 'El Porteno' spekuliert: "Was wird nach dem 3. November geschehen? Wenn Cafiero viele Stimmen erhält, wird er versuchen, Herminio zu verdrängen und den Parteiapparat zu übernehmen. Aber wenn er auf Widerstand trifft? Herminio hat die formale Parteilegitimität auf seiner Seite und wird - außer nach einer totalen Wahlniederlage - das Feld nicht räumen. Damit stellt sich für Cafiero nach dem 3. November erneut die Alternative: Kann der Peronismus ein Topf bleiben, in dem gleichzeitig zwei politische Projekte gekocht werden, die nicht nur entgegengesetzt sondern total verfeindet sind? Einige nehmen an, daß Lorenzo (Miguel) Herminio seinem Schicksal überlassen und den 'Renovadores' eine Allianz vorschlagen wird. Aber damit steht Cafiero erneut am Scheideweg: Mit Lorenzo und seinem autoritären Peronismus oder für eine echte Erneuerung des Peronismus." (Alvaro Abos, 'El Porteno', November 1985)

In Capital Federal (Buenos Aires-Stadt, bisher war von der Provinz Buenos Aires die Rede) sieht die Situation etwas anders aus. Hier hat sich in parteiinternen Wahlen der zu den 'Renovadores' zählende Carlos Grosso durchgesetzt. Der Herminio-Freund Julio Licastro tritt zwar hier auch mit einer eigenen Liste zu den Wahlen an, hat aber nicht die Unterstützung des Parteiapparats oder der "62 Organisationen", die nach den Parteiwahlen Grosso unterstützen.

Weder Cafiero und noch weniger Grosso sind "Linke". Was die fortschrittlichen Kräfte innerhalb des Peronismus erhoffen ist, daß mit den 'Renovadores' eine Demokratisierung der autoritären Parteistrukturen ermöglicht wird, die ihnen dann den Spielraum gibt, innerhalb der peronistischen Bewegung für ihr Projekt zu werben. Nur wenige haben entschieden, daß mit der existierenden Parteistruktur nichts mehr anzufangen ist und kandidieren für das Bündnis der Frente del Pueblo.

Die Krise des Peronismus hat dem Partido Intransigente (PI) in den Wahlprognosen vorübergehend Traumergebnisse von bis zu 18% beschert (in den Wahlen von 1983 lag der PI bei knapp 4%). Der PI hat sich in den letzten Monaten vor allem mit zwei Themen profiliert: Verteidigung der Menschenrechte, für eine gründliche Säuberung des Repressionsapparates und Freilassung der Gefangenen und andererseits für die Nicht-Rückzahlung der Auslandsschulden. Mit der Konsolidierung der 'Renovadores' als peronistische Alternative zu Herminio Iglesias nahmen die Prognosen für den PI wieder ab. Trotzdem hat er gute Chancen, vor allem unzufriedene ehemalige Alfonsín-Wähler hinzuzugewinnen. Hinzu kommt, daß der PI in einer Präsidentschaftswahl, die sehr polarisiert war zwischen Radikalen und Peronisten, weniger Chancen hatte als diesmal in einer Parlamentswahl, in der die Partei dafür wirbt, eine starke Opposition zu installieren.

Gute Chancen für Stimmgewinne rechnet sich auch die rechtslastige Union del Centro Democratica aus, die als Kandidatin (eine der wenigen Frauen!) die Tochter des früheren Wirtschaftsministers Alsogaray, Maria Julia Alsogaray präsentiert. Die UCD wirbt vor allem für Reprivatisierung von verstaatlichten Industrieunternehmen, weniger Steuern und überhaupt sämtliche Forderungen der freien Marktwirtschaft. Für sie dürften viele Leute stimmen, die zwar mit der Einfrierung der Löhne und der Senkung der Inflation einverstanden sind, aber in dem Dirigismus der Regierung eine Gefahr für ihre unternehmerischen Freiheiten sehen. Obwohl die UCD bisher nie eine Partei der großen Massenveranstaltungen war, schafft sie es in diesem Wahlkampf, das Stadion der Boca Juniors zu füllen - und das bei einem Eintrittspreis von 2 Australas (DM 6,-). Die UCR hatte ihre Abschlußkundgebung im vollen River Plate Stadion abgehalten, während der PI mit 40'000 Anhängern auf der Plaza Once im Regen stand. Die größte Versammlung brachte Antonio Cafiero mit dem Frente Renovador auf die Beine: Obwohl nur zwei Tage zuvor feststand, daß es diese Kundgebung geben würde, füllten 80'000 Menschen die Avenida de Mayo und die umgebenden Straßen. Schon dies deutet eine Niederlage für Herminio an: Zu seiner Abschlußkundgebung kamen 10'000 Anhänger (10'000 zuviel!).

## DIE WAHLEN

Schon am frühen Morgen stehen die Menschen vor den Wahllokalen Schlange. Alles deutet auf eine hohe Wahlbeteiligung hin, die dann bei etwas unter 80% liegt, höher als bei den Präsidentschaftswahlen von 1983. Viele haben zunächst Probleme, ihr Wahllokal zu finden. Die Parteien haben Auskunftsstellen eingerichtet, wo diejenigen, die sich nicht rechtzeitig darum gekümmert haben, noch in letzter Minute erfahren können, wo sie wählen müssen.

Um sechs Uhr schließen die Lokale und die Stimmauszählung kann beginnen. Das Fernsehen ist natürlich voll auf Wahlen eingestellt. Jedes Einzelergebnis wird verlesen. Dazwischen Interviews in den Parteizentralen. In den Parteilokalen in den Distrikten laufen ebenfalls die Ergebnisse aus der jeweiligen Region zusammen.

Ich bin in einem Parteilokal der PI in der Provinz von Buenos Aires. Hier in San Isidro wohnt vor allem die gehobene Mittelschicht, aber dazwischen gibt es auch weniger 'gute' Viertel. Radio und Fernsehen laufen, ein paar Jugendliche Parteimitglieder warten auf die ersten Ergebnisse der umliegenden Wahllokale, die sich jedoch lange verzögern. Ricardo ist sehr optimistisch, wettet, daß der PI in der Provinz, wo Oscar Alende kandidiert, mindestens 12% bekommen wird. Dann werden die ersten Ergebnisse von einzelnen Wahllokalen im Radio verlesen. Es sind die absoluten Zahlen, hektisch werden sie notiert, dann die Prozente ausgerechnet. In Capital Federal liegen sie bei 10%, das haben die Piler erwartet. Dann ein totaler Ausreißer. In der Antarktis (ja, auch dort wird gewählt) hat der PI 20% der Stimmen bekommen. Allgemeine Verblüffung: "Was ist denn da passiert? Da gibt es doch bloß Militärs!" Aber im Verlauf des Abends sinkt die Stimmung. Die Ergebnisse werden schlechter, je mehr Stimmen ausgezählt sind. Die Ergebnisse aus der Umgebung tragen auch nicht gerade zur Freude bei: In vielen Wahlbezirken hat die UCD den PI weit abgeschlagen. Das Fernsehen schaltet zur Zentrale der Peronisten: die 'Renovadores' sind mehr als zufrieden. Der peronismus scheint zwar gegenüber 1983 an Stimmen zu verlieren, aber Herminio liegt weit abgeschlagen hinter Cafiero. Auch die UCR verliert in der Hauptstadt und in Buenos Aires Stimmen. Dafür ist sie in der Provinz auf dem Vormarsch, nimmt den Peronisten in mehreren Provinzen die Mehr-



heit weg. Das Bild bleibt verworren. Noch fehlen zu viele Wahlbezirke, als daß die Hochrechnungen viel Wert hätten. Wir müssen bis zum nächsten Tag warten.

Die vorläufigen Wahlergebnisse sehen so aus (damit der Artikel die LN rechtzeitig erreicht, konnte die Korrespondentin die endgültigen Ergebnisse nicht abwarten, die sich aber nicht stark von den vorläufigen unterscheiden werden):

#### VORLÄUFIGES OFFIZIELLES ERGEBNIS

Partei	Stimmen	Prozent	Abgeordnete
UCR	6'603'726	43,24%	130
PJ (Peronisten)	3'684'321	24,12%	103
PI	928'951	6,08%	6
UCD	568'357	3,65%	3
Andere	3'488'355	21,17%	12
Enthaltungen	169'713	1,09%	
Ungültig	84'657	0,54%	
Unklare Stimmzettel	17'956	0,11%	
<b>Gesamt</b>	<b>15'546'036</b>	<b>83,26%</b>	<b>254</b>

Bei diesem Ergebnis fehlt landesweit noch die Auszählung von 239 Wahltischen. Quelle: La Razón, 5.11.85

Damit hat die UCR ihr wichtigstes Wahlziel erreicht: Die Mehrheit der Abgeordneten zu behalten. Und angesichts einer Wirtschaftspolitik, die in den letzten Monaten weiterhin zu einem Reallohnverfall geführt hat und in den Gewerkschaften auf heftigen Protest stößt, ist dies für die Regierung ein ausgesprochen gutes Ergebnis, da sie es schaffte, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen, ohne stark an Stimmen zu verlieren.

Für die interne Auseinandersetzung im Peronismus sind vor allem die Ergebnisse in Capital Federal und der Provinz Buenos Aires wichtig: In Capital Federal erhielt der Partido Justicialista mit Carlos Grosso 25,18% der Stimmen, der Frente de Liberación von Licastro dagegen nur 0,99%. In der Provinz erreichte der Frente Renovador von Antonio Cafiero 26,96%, der Frente Justicialista de Liberación von Herminio Iglesias 9,76%, der damit über drei Abgeordnete - einschließlich Herminio - verfügt. Auf nationaler Ebene hat der Peronismus insgesamt 10 Abgeordnete verloren, wobei vor allem in den Provinzen sehr viele Stimmen an die UCR gingen, die jetzt in 17 Provinzen die stärkste Partei ist.

Damit hat Cafiero sein Ziel erreicht, durch die Parlamentswahlen zu beweisen, daß die Mehrheit der Peronisten für die 'Renovadores' und nicht für den Parteiapparat um Herminio ist. Damit dürfte sich in den nächsten Wochen die parteiinterne Auseinandersetzung über den zukünftigen Kurs des Peronismus erneut verschärfen.

Der PI konnte seine Stimmenzahl vor allem in der Hauptstadt (7,88%) und der Provinz Buenos Aires (10,1%) stark ausbauen, blieb aber in den Provinzen des Landesinneren weiterhin sehr schwach, so daß er im Landesdurchschnitt nur auf 6% kam.

Die rechte UCD gewann zwei Sitze hinzu und verfügt jetzt über drei Abgeordnete.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels steht das Wahlbündnis Frente del Pueblo (FREPU) noch eine Zitterpartie durch: bis zur Auszählung der Allerletzten Stimme wird unklar bleiben, ob ihr erster Kandidat, der Peronist und Druckgewerkschafter José Villaflor in den Kongreß einzieht oder nicht. Der FREPU schiebt sein schlechtes Abschneiden vor allem auf den Boykott der Presse und des Fernsehens - die Medien haben tatsächlich so gut wie nicht über das Bündnis berichtet - und auf mangelnde Infrastruktur des Frente. Wichtiger dürfte aber gewesen sein, daß der FREPU erst sehr kurz vor den Wahlen gegründet wurde und die Kombination der in ihm vertretenen Parteien nicht unbedingt Hoffnungen weckte. Die Führungsfiguren des FREPU haben angekündigt, daß das Bündnis nach den Wahlen nicht auseinanderbrechen wird, sondern sich in den nächsten Jahren zu einer eigenständigen Partei formieren wird. Aber da geht die interne Auseinandersetzung auch schon los: MAS und Peronisten wollen die zukünftige Führung vor allem aus Vertretern der Frentes Barriales (Selbsthilfegruppen in den Stadtvierteln und vor allem den villas miserias), Gewerkschaftern und anderen Vertretern sozialer Bewegungen zusammensetzen, während der PC darauf besteht, die Führung ausschließlich aus den Parteien zu wählen.

Am Tag nach den Wahlen waren alle Kommentatoren zufrieden. Einhellige Meinung: Die Wahlen waren ein neuer Schritt in der Stabilisierung der Demokratie. Das Land kehrt zum politischen Alltag zurück. Angesagt sind das Auftauen der Preise und Streiks von vier Gewerkschaften.

## CHILE

### Generalstreik in Sicht?

*Vor wenigen Tagen hatten Mitarbeiter der Lateinamerika Nachrichten die Möglichkeit, mit einem wichtigen Vertreter der chilenischen Wie die Kupfergewerkschaft CTC ein Gespräch zu führen. Wie die gesamte CTC-Spitze gehörte auch unser Interview-Partner der recht starken christdemokratischen Strömung in der Gewerkschaftsbewegung an, wie auch unschwer aus seinen nachfolgend abgedruckten Äußerungen herauszulesen ist. Die Situation in Chile läßt es als inopportun erscheinen, seinen Namen öffentlich zu nennen, dafür bitten wir unsere Leser um Verständnis. Schließlich sitzen im Augenblick neben anderen Oppositionellen wieder einmal führende Vertreter des Nationalen Arbeiterkommandos CNT wie Rodolfo Seguel, Manuel Bustos und José Ruiz di Giorgio im Gefängnis.*

**Zur Zeit sind mehrere führende Vertreter der chilenischen Gewerkschaftsbewegung in Haft. Wieswegen wurden sie verhaftet, was wird ihnen vorgeworfen?**

Das Innenministerium wirft ihnen vor, für alle Todesfälle und Gewalttaten aus Anlaß der Protestaktionen am 4. und 5. September verantwortlich zu sein. Das überrascht uns allerdings nicht sehr, denn immer werden die Ereignisse an den Protesttagen den führenden Gewerkschaftern und anderen Oppositionellen zur Last gelegt. Diese Protesttage sind soziale Mobilisierungen mit dem Ziel, das Bewußtsein zu schärfen und zu erreichen, daß die Leute ihre Angst vor der Diktatur immer mehr verlieren. Wir haben 12 Jahre lang unter einem extremen Druck gelebt, die Arbeiter haben viel Leid ertragen, ihre Rechte wurden immer wieder mit Füßen getreten, und gerade darum versuchen sie sich nun schon zum dritten Mal mit einem Forderungskatalog, dem sog. Pliego Nacional de los Trabajadores, Gehör zu verschaffen. Dieses Papier enthält die minimalen Zielsetzungen und Vorstellungen, auf die die chilenischen Arbeiter ein Recht zu haben glauben.

**Ist das derselbe Pliego Nacional, wie er schon 1981 vorgelegt wurde?**

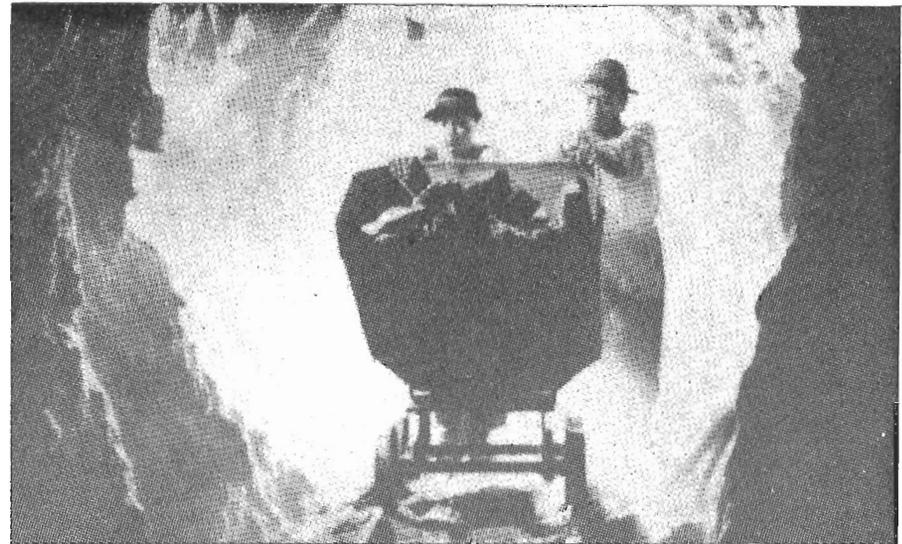
Ja, derselbe, selbstverständlich an die aktuelle Situation angepaßt, mit einigen Zusätzen und natürlich mit Streichungen von Dingen, die ihre Bedeutung ver-

loren haben und daher nicht mehr vorgebracht werden müssen. Außerdem sind die Forderungen der Pobladores aufgenommen worden, um ein für alle Mal das Problem der Marginalisierung bei der Wohnraumverteilung aus der Welt zu schaffen. Die Studenten verlangen darüber hinaus die Abschaffung der Ernennung der Hochschulrektoren durch die Regierung und die Rückführung des Studiums auf das, was es früher war, mit der Wahl der Rektoren durch den Lehrkörper und die Beteiligung der Studenten an der Hochschulpolitik.

Die Unterzeichner dieses Papiers wurden vom Innenministerium vorgeladen, auf ausdrückliches Verlangen der Regierung. Doch ist die Situation jetzt insofern eine neue, als die Gerichte vorher bereits die Legitimität der Proteste festgestellt hatten, d.h. diese Auffassung war allgemein akzeptiert. Im Nachhinein hat die Regierung das Gesetz dahingehend geändert, daß nunmehr diejenigen die Ereignisse bei Protestaktionen zu verantworten haben, die zu den entsprechenden Demonstrationen aufrufen. Aufgrund dessen müssen nun die Gerichte, die ja die Gesetze anzuwenden haben, die Rolle des schwarzen Katers spielen.

Wie hat die Bevölkerung auf die Verhaftungen reagiert?

Die Verhaftung der führenden Gewerkschafter sowie der Pobladores und Studenten hat zu einer regelrechten Mobilisierung geführt, die darauf abzielt, in viel stärkerer Form als bisher die Ablehnung der Willkürmaßnahmen gegen die Leute zu demonstrieren, die in der Lage sind, ihrem Mißbehagen über unsere derzeitige Lage Ausdruck zu geben. So sind CNT (Nationales Arbeiterkommando), Pobladores, Akademiker, Freiberufler und Menschenrechtsgruppen, sogar politische Gruppierungen zu dem Entschluß gekommen, daß es an der Zeit ist, über ein durchgreifenderes Vorgehen nachzudenken. Dies muß aber nicht automatisch die Anwendung von Gewalt einschließen, denn die Macht hat ganz offensichtlich nicht das Volk, sondern der, wer die Waffen trägt. Wir für unseren Teil haben deshalb beschlossen, zu einer sozialen Mobilisierung aller unserer Arbeiter aufzurufen, die auf unterschiedlichen Wegen zum Ausdruck kommen soll, d.h. jede Regionalgewerkschaft wird nach Möglichkeiten suchen, die Mobilisierung so weit voranzutreiben, daß eine Bewegung entsteht, die letztendlich, wie auch immer, in einen Generalstreik münden muß.



Wie werden die Aussichten auf die Durchführung eines solchen Generalstreiks eingeschätzt?

Wir haben jetzt gerade ziemlich objektiv darüber gesprochen, woraufhin ein Abkommen des CONFASIN (Rat der Nationalen Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände, gewissermaßen die Basis des CNT) um einen zusätzlichen Punkt erweitert wurde. Sie hatten einen Generalstreik vorgeschlagen, woraus aber letztlich eine Mischung aus Streik und Protesttag (paro-protesta) geworden ist. Große Teile der Werktätigen arbeiten in der strategischen Industrie der chilenischen Volkswirtschaft, für sie ist es also sehr schwierig, sich einem Streik anzuschließen; dies vor allem vor dem Hintergrund von Erfahrungen wie im besonderen Fall der Kupferindustrie, wo 1983 verschiedene Gerichtsverfahren gegen uns eingeleitet wurden, die z.T. noch laufen und gegen insgesamt 31 führende Gewerkschaftsvertreter geführt werden. Gleichzeitig wurden in den Minen El Salvador, El Teniente und Andino mehr als 700 Arbeiter entlassen (Im Juni 1983 verkündete die CTC einen Generalstreik in den chilenischen Kupferminen, dem sich allerdings keine weiteren Gewerkschaften, sondern nur der Verband der Fuhrunternehmer anschloß, der nach einigen finanziellen Zugeständnissen des Regimes aus dieser "Streikfront" ausbrach und die Kupferarbeiter ihrem Schicksal überließ; Anm.d. Red.).

Wir haben den Politikern gesagt, daß wir es sehr wohlwollend betrachten, daß es gelungen ist, einen Nationalen Pakt (Acuerdo Nacional) zu formulieren, der als Ergebnis eines Aufrufs der Katholischen Kirche in der Person von Kardinal Juan Francisco Fresno angesehen werden kann. Es sind zwar nicht alle unsere Forderungen darin aufgenommen, doch kann diese Übereinkunft durchaus etwas bewirken. Eine Auswirkung zeigt sich bereits, wenn die Leute, die weiterhin die Basis des Regimes ausmachen, Kritik daran äußern, daß andere Kreise, die bis vor kurzem dieselbe Haltung eingenommen haben wie sie, heute schon anders denken; wir denken dabei an die republikanische Rechte und Leute aus dieser Ecke, und zusammen mit ihnen die demokratische Linke und natürlich die politische Mitte, die Christdemokratische Partei.

Der Acuerdo Nacional hat in Teilen der Linken ein gewisses Unbehagen verursacht, vor allem in der kommunistischen Partei (PC). War der Acuerdo aufgrund der Art seiner Vorbereitung und Präsentation schädlich für die Einheit der Opposition?

Ich denke, man muß bei dieser Frage von der Erkenntnis ausgehen, daß die Wahrheit des Einen nicht die des Anderen sein muß. Jeder legt also seine Strategie fest, und ich glaube, daß man die Gruppierungen nicht außen vor lassen darf, die bis vor kurzem auf Seiten der Regierung standen und nun, wie wir sagen, "kehrtmachen", weil sie zu der Überzeugung gekommen sind, daß auf dem von ihnen eingeschlagenen Weg absolut nichts zu erreichen war. Und im Acuerdo Nacional steht nichts über die Marginalisierung der PC.

Die Partei hat dies aber so empfunden!

Klar, es wurde so verstanden, mehr noch, Corvalan selbst hat in einem öffentlichen Schreiben gesagt, die PC begrüße, daß es den Acuerdo gibt, was natürlich nicht heißt, daß sie auch damit übereinstimmt. Die PC begrüßt es aber, daß zumindest noch die Absicht besteht, den Weg zurück zur Demokratie zu finden. Wir glauben, die Demokratie ist das System, in dem wir alle das Recht auf freie Meinungsäußerung haben, und nicht so wie heute, wo jeder von uns, der sich gegen irgendeine Maßnahme oder sonst etwas der Regierung äußert, zuerst als Kommunist und dann als Terrorist gebrandmarkt wird. Heute, um die Wahrheit zu sagen, ist also für das Gerechte einzutreten

gleichbedeutend damit, Terrorist oder Kommunist zu sein.

Innerhalb der chilenischen Opposition hat es immer wieder Einigungsbestrebungen gegeben. Ist die Opposition heute in der Lage, sich auf ein Konzept zur Überwindung der Diktatur zu einigen?

Das wäre ideal für uns, aber nicht immer wird das Ideale auch getan. Man kann immer nur von dem ausgehen, was man hat, und im Moment haben wir die Einheit der Arbeiter erreicht. Das ist für uns von grundlegender Bedeutung. Und, ohne jemanden brüskieren zu wollen, auch die Politiker haben etwas erreicht, die Studenten haben mit dem Acuerdo Nacional ebenfalls etwas erreicht. Es ist also die Aufgabe von uns allen, die Bedingungen dafür zu schaffen, daß die Einheit erreicht werden kann. Hier kommt es zu sehr merkwürdigen Situationen. Diese Diktatur, die wir nun schon 12 Jahre mit uns herumschleppen, hat ihre Spuren hinterlassen; sie hat aber eine Sache nicht erreicht, die anfangs vielleicht beabsichtigt war, nämlich daß sich die Jugend mit ihnen identifiziert. Nach 12 Jahren konnten wir feststellen, daß die Jugend nicht hinter der Diktatur steht. Die ganze Unterstützung des Pinochet-Regimes ist nicht wirklich, nicht real; warum gibt es hier keine Volksabstimmung? Weil man das Ergebnis von vornherein kennt, so sehr das Plebiszit auch manipuliert würde. Man weiß schon vorher, was dabei herauskommt, und darum wird Pinochet um nichts auf der Welt ein Plebiszit zulassen.



*Pinochet und seine Mannen*

### Hat die "Versöhnung" Aussichten auf Erfolg?

Auch hier muß man davon ausgehen, daß nach der bis 1980 gültigen Verfassung, die von der Regierung außer Kraft gesetzt wurde, die römisch-katholische die Staatsreligion ist. In der jetzigen Verfassung steht dies nicht mehr. Und Herr Pinochet ist häufiger in einem Te Deum der protestantischen Kirche als in der Katholischen. Im letzten Te Deum saßen ihm gegenüber in der Kathedrale die Vertreter der Opposition. Und ein Kardinal nimmt sich diese Freiheit nur heraus, wenn er die möglichen Auswirkungen des Aufrufs zur Versöhnung auf die Gläubigen wohl überlegt hat.

### In gewisser Weise ist er damit doch gescheitert!

Nun gut, wir können dies nur vor dem Hintergrund dessen beurteilen, was wir erleben. Hätte es den Aufruf zur Versöhnung nicht gegeben, hätte es auch nicht den Acuerdo Nacional gegeben. Die demokratischen Kreise in der Regierung hätten sich auch nicht an einen Tisch gesetzt mit Briones, um ein Beispiel zu nennen. Also Vorsicht mit solchen Äußerungen, die Versöhnungsgeste habe keine Ergebnisse gehabt. Sogar innerhalb der Armee, wo sich mehrere Leute zu Wort gemeldet haben, z.B. General Matthei, der der Junta angehört. Was hat er gesagt? Daß der Acuerdo Nacional interessant ist. Er hat vielleicht wenig, aber doch etwas gesagt. Und der Generalkapitän hat zuerst gesagt, der Acuerdo sei nichts wert. Warum hat er kurz danach gesagt, er enthielte einige interessante Punkte? Weil er weiß, daß die Meinung der Kirche traditionell sehr respektiert wird.

## Noch bei seiner Beerdigung mußte er sich mit dem Regime herumschlagen

Am 11. Oktober dieses Jahres wurde Héctor Cuevas beerdigt. Mit ihm hat die chilenische Gewerkschaftsbewegung und damit die gesamte Opposition einen ihrer vehementesten und glaubwürdigsten Vertreter verloren. Er war in guten wie in schlechten Zeiten unbestritten der Wortführer der Arbeiter in der Bauindustrie gewesen und hatte sich mit voller Überzeugung für die Entstehung der Unidad Popular eingesetzt. Opportunismus und das Nachtrauern hinter alten Zöpfen waren ihm zuwider. Er war Kommunist, und als solcher hatte er von der ersten Minute an den Kampf gegen das Militärregime Pinochets aufgenommen. Als Vorsitzender der Bauarbeitergewerkschaft war er der Vater des Streiks von Colbún-Machicura, in dem sich chilenische Arbeiter zum ersten Mal im Sinne der neuen, von der Diktatur kurz zuvor erlassenen Arbeitsgesetzgebung gegen ihre menschenunwürdige Behandlung auf der Baustelle eines Wasserkraftwerkes zur Wehr setzten. Doch schon im Vorfeld dieses Streiks mußte Héctor Cuevas - gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Nationalen Gewerkschaftskoordination (CNS), Manuel Bustos - ins Exil gehen. Am 2. Dezember 1982 hatte die CNS eine Demonstration in der Innenstadt von Santiago veranstaltet, die von Schlägertruppen der Regierung gewaltsam aufgelöst wurde. Cuevas hatte die Anwesenden mit dem Ausruf "Die Freiheit kann man nur im Kampf erringen" zur Gegenwehr aufgefordert - er war nicht der Typ, der sich alles gefallen ließ. Am nächsten Tag wurde er dann direkt vor seinem Haus verhaftet und unmittelbar danach in ein Flugzeug nach Rio de Janeiro gesetzt.

Er lebte einige Jahre in Rom, wo er sofort wieder in der dortigen Auslandsvertretung der CNS aktiv wurde. Im Sommer 1983 wurde dann bei ihm ein Lungenkarzinom festgestellt; er ließ sich im Ostteil Berlins behandeln, um dann nach Buenos Aires zu gehen. Dort traten erneut Metastasen zum Vorschein und sein Gesundheitszustand wurde zunehmend kritischer. Obwohl er sich schon damit abgefunden hatte, fern von seiner Heimat sterben zu müssen, erlaubte ihm das Regime in Santiago zu guter Letzt Anfang September doch noch die Rückkehr, zumindest für eine Frist von 90 Tagen: Dieser todkranke Mann konnte keine Gefahr mehr bedeuten. Doch seine Ankunft auf dem Flughafen wurde zu einer großen Demonstration, die Spitze der chilenischen Gewerkschaftsbewegung und viele seiner alten Mitstreiter waren erschienen, um diesen ehemals so vitalen und vor Energie strotzenden Kämpfer zu empfangen.

Wer das Glück hatte, Héctor Cuevas einmal kennenlernen und erleben zu dürfen - so wie auf dem Chile-Kongreß im Juni 1983 in Münster, einem der letzten großen öffentlichen Auftritte dieses Mannes - wurde von seiner Impulsivität und seinem Witz gefangen genommen. Er war ein brillanter Rhetoriker mit einer mächtigen

Stimme und lebendigen Augen, und immer hatte er einen witzigen Kommentar oder einen Scherz auf den Lippen. Er war bekannt für seine genialen Einfälle in ausweglos erscheinenden Situationen, seinen Optimismus und seinen Mut im Einsatz für seine Prinzipien, in der Verteidigung der Ausgebeuteten.

Im Alter von nur 48 Jahren ist Héctor Cuevas nun Anfang Oktober seinem schweren Leiden erlegen. Und noch im Tod mußte er sich mit dem Pinochet-Regime herumschlagen. Bei der Beerdigung wurde dem Trauerzug plötzlich von mehreren Polizeifahrzeugen der Weg abgeschnitten, Uniformierte versuchten, die Urne mit den sterblichen Überresten des Gewerkschaftsführers zu entführen. Seine Witwe, die dies zu verhindern versuchte, wurde dabei rücksichtslos über den Boden geschleift. Als die anwesenden Trauergäste ihre Fäuste in die Luft streckten viele mit roten Nelken, ließen die sie begleitenden Polizisten die erste Tränengassalve losgehen und zerstampften mit ihren Stiefeln wutentbrannt die Blumen



*Héctor Cuevas*

und Kondulenzkränze. Währenddessen wurde der Wagen mit der Urne entführt und der Fahrer gezwungen, in hohem Tempo und auf Umwegen zum Zentralfriedhof zu fahren, um die Trauergemeinde abzuhängen und die vielen Menschen irrezuführen, die am Straßenrand warteten, um sich so für immer von Héctor Cuevas zu verabschieden

Doch auf dem Friedhof ging es erst richtig los: wer hineinkommen wollte, mußte sich durch Tränengaswolken kämpfen und Knüttelschläge über sich ergehen lassen. Im Verlaufe des



Begräbnisses kippten viele ältere Leute, Frauen, Jugendliche und Kinder unter den Bombardements mit Cyanid-haltigem Tränengas um, und die Urne konnte nur unter großen Schwierigkeiten beigesetzt werden. In dieser Beziehung ist Chile wohl nur noch mit Südafrika vergleichbar: der Staatsterrorismus macht noch nicht einmal vor den Toten halt. Allerdings zeichnen sich die Opfer der "Apartheid-Politik" im Reich General Pinochets nicht durch ihre Hautfarbe aus, sondern durch ihre politische Couleur. In besonderem Maße, ja sogar über ihren Tod hinaus sind dort die Linken und in erster Linie die Kommunisten der Verfolgung ausgesetzt: "Wir befinden uns im Krieg, meine Herren, daß sollte Ihnen klar sein, in Chile ist kein Platz für Kommunisten".



*Tränengaswolken auf dem Zentralfriedhof von Santiago bei der Beisetzung von Héctor Cuevas*

## USA

### Sendungsmythos, politische Weltmission und die Medienkirchen der "neuen Moral" (I)

*Die USA gefallen sich mehr denn je wieder in der Rolle des schurigelnden Weltpolizisten, dem alle erdenklichen Mittel recht sind, wenn sie nur eigenen Hegemonie-Interessen dienen: von der kollektiven Psycho-Narkose des verdeckt operierenden Geheimdienstes bis hin zur bewaffneten Intervention und jahrzehntelang währendender Stützung abartiger Despotenregimes sind dem Weltmachtstreben der jetzigen US-Administration sämtliche historische Methoden durchaus geläufig. Man setzt die zentralen Interessen, bei gleichzeitig abschmurrender Missions-Phraseologie, in allen Teilen der Welt so oder so in Praxis um, immer den angeblichen Abwehrkampf gegen den Kommunismus scheinheilig apostrophierend.*

*Die folgende Studie versucht, die historischen Linien der Idee der Sendung, des Traums Amerikas von seiner gottgewollten Rolle in der Welt aufzuhehlen, unter dem Lateinamerika seit mehr als 150 Jahren leidet, und die Rolle der gegenwärtig wichtigsten Träger dieser Botschaft, der Medienkirchen, zu beleuchten.*

#### DIE WURZELN DES SENDUNGSMYTHOS

Seit den Tagen der Pilgerväter im 17. Jahrhundert glaubt man in Nordamerika an die gottgewollte Sendung (Nord-)Amerikas in dieser Welt. Als Flüchtlinge, die das alte und korrupte Europa nach einer ihrer Meinung nach gescheiterten Reformation hinter sich gelassen hatten, empfanden sie sich im neuen Land der "Verheißung" von Anbeginn an als "chosen people", als auserwähltes Volk, das den Geschichtsplan Gottes erfüllen müsse und das neue Jerusalem heraufzuführen habe. Die Puritaner, geprägt von calvinistischer Arbeitsethik, konnten sich gegenüber anderen Einwanderungsgruppen machtpolitisch wie auch ideologisch bald durchsetzen und mystifizierten in den folgenden Jahrzehnten ihre singuläre Sonderrolle im Heilsplan der Geschichte. Daß sie in den wilden, noch unerschlossenen Weiten dieses Landes, das ihnen von der Vorsehung zugeordnet erschien, rings von "Feinden" umzingelt waren, steigerte nur ihren messianischen Eifer, aus diesen "von Gott wohlweislich auferlegten Prüfungen" als Sieger und Heilsvollstrecker hervorzugehen (1). Die Schriften der frühen Prediger bezeugen dies hinlänglich (Blanke 1982: 14). Sie, die Erwählten, hätten darüber hinaus sogar einen "theokratischen Bund" geschlossen, der als "leuchtende Stadt auf dem Berg"

die "finstere Welt" - heute spricht der Jargon vom "Rest der Welt" - mit seinem gleißenden Licht überfluten werde. Schon der erste Gouverneur von Massachusetts, John Winthrop, der 1630 nach Nordamerika ausgewandert war, sprach in bilderlastigem Pathos von dieser heiltheologischen Mission, überschlug sich förmlich in irrationaler Lichtsymbolik und setzte schließlich düster spekulierend hinzu: Dies sei der letzte Versuch Gottes mit der Menschheit, denn auf Amerika folge unwiderruflich das Jüngste Gericht (Liedtke 1984: 34).

Diese Drohgebärde war unverkennbar gegen den alten Kontinent gerichtet. Dort verstand man sie auch in diesem Sinn. Taten die einen dies Aufbegehren als Hirngespinnste verrannter Fanatiker ab, so empfand die etablierte europäische Theologie dies durchaus zutreffend als weitere Breitseite auf ihre weltumspannende Vormachtstellung. Nicht zuletzt auch die Anglikanische Kirche fühlte sich getreten und gedemütigt, blies der Wind des Protests ja nicht nur von Übersee. Sollte der Anspruch der Puritaner im neuen Amerika, fortan Speerspitze weltlich-geistlicher Erneuerung zu sein, sich tatsächlich durchsetzen, dann konnte man sich ausrechnen, wann man den Punkt relativer Bedeutungslosigkeit erreichen würde.

#### DIE MISSIONSIDEE WIRD WELTLICH

Die Puritaner indes, in der Neuen Welt gegenüber Anglikanern, Quäkern, Deisten und anderen Glaubensgemeinschaften obsiegend, waren von europäischen Traditionen stärker geprägt worden, als sie dies selbst wahrhaben wollten. Zwar hatten sie die "morschen Glaubenslehren" hinter sich gelassen (2); die strenge, disziplinierte Arbeitsmoral der augustini-schen Weltsicht wie des calvinistischen Dogmas jedoch blieb ihrem Wesen unauflöslich eingeschmolzen. Rastlos habe man tätig zu sein in diesem irdischen Jammertal, das eine fortgesetzte Prüfung gerade der Besten sei, um deren Elite-Status auszukristallisieren. Alltag wie Feier, Arbeit wie Ruhe sollten zur Einheit aufgehoben sein im Gottesdienst, ja selbst zum Gottesdienst werden. Seine geistliche wie gleichzeitig auch weltliche Prägung schien zielgerichtet aufs Jenseits zu sein wie die Prädestination (Vorbestimmtheit) jedes einzelnen Gläubigen im irdischen Daseinskampf. Hieraus ging, in mannigfachen Phasen ideengeschichtlicher und lokaler Hypostasierung (Verselbständigung), jene uns Europäern nur schwer verständliche "public religion" hervor, die das öffentliche Denken und Sprechen in den Vereinigten Staaten bis zum heutigen Tag durchdringt (3).

Öffentlich-politische Rede, selbst die Sprechweise der Massenmedien, geht heutzutage immer mehr Hand in Hand mit gottesdienstlich-frommem Augenaufschlag. Es fällt uns diesseits des Atlantiks schwer, bei an sich ganz nüchterner Tagespolitik die immer wieder inszenierte, doch aus dem Her-

zen kommende Glaubensattitüde der Amerikaner nicht zu belächeln. Doch dieses Lächeln beruht nicht auf Überlegenheit, sondern schlichtweg auf Unkenntnis: wir führen das uns Peinliche affektiv ab, weil es uns willkürlich aufgesetzt scheint. Gerade dies aber ist jener Gestus nicht. Er ist der Kern des amerikanischen Tuns und Denkens, wird folgerichtig in den Staaten auch von niemanden, nicht einmal den kritischen Intellektuellen, als deplaziert empfunden. Niemand tut ihn ab, ganz im Gegenteil: man erklärt sich mit ihm identisch, und dies in den letzten Jahren - die Olympiade 1984 sei ein Exempel - in zunehmendem Maße. Man kann und darf diesen Gestus sogar auf die Nation als Ganzheit übertragen: diese selbst scheint - vor allem auch, weil keine Staatskirche besteht - bis in die tiefsten Schichten und Wurzeln heilstheologisch durchdrungen zu sein. Nicht ohne Grund hat man die USA "a Nation under God" genannt, with a "Soul of a Church" als ihrem Innersten. Alle Präsidenten seit Washington bis hin zu Kennedy, Nixon und jetzt erst recht Reagan haben den rhetorischen Mustern dieser oft unterschwelligen Zivilreligion ihren Tribut gezollt (Liedtke 1984). Die Fourth-of-July-Rhetorik der alljährlichen Unabhängigkeitsfeiern ist ein ebenso gültiger Beleg wie die Inauguraladressen der Präsidenten. Selbst auf einzelstaatlicher und kommunaler Ebene, in den kleineren Zirkeln lokaler Glaubensgemeinschaften, ganz zu schweigen von den propagandistisch sich aufblähenden Organen der Medienkirchen, beansprucht dieser biblizistische Atavismus (Anschauungen vergangener Epochen) sein Recht. Die Kluft im Sprachgebrauch fällt eigentlich erst aus europäischer Perspektive auf, weil unser politischer Sprechtypus durch die Katastrophen nationalistischen Klischeemißbrauchs ungewollt gereinigt, quasi neutralisiert wurde. Diesen Neopragmatismus haben wir Deutschen aber keiner bewußt vollzogenen Umkehr unseres Bewußtseins aus der "Unfähigkeit zu trauern" zu verdanken, sondern der eigenen Ratlosigkeit nach verbrauchten Konzepten ideologischer Sprachverhuzung.

### DIE FREIHEITSGÖTTIN WANDERT NACH WESTEN

Die Geisteshaltung der Puritaner, so bigott sie auch gewesen sein mag, war und blieb jedoch nicht statisch. Die glanzvolle "Göttin der Freiheit" - was immer unter dieser Freiheit auch verstanden wurde - war angeblich rüde und schutzlos um die Welt gejagt, immer wieder vertrieben worden von jenen, die sie zu schützen vorgaben; nun, nach schmerzhafter Flucht finde sie im Norden des Kontinents unter puritanischer Ägide endlich ihre prophezeite Heimstatt. Heute steht sie immer noch im Hafen von New York und leuchtet wie eine verbleichendes Erinnerungsrelikt vor gigantischer Kulisse; man

kann nicht umhin, in ihrem Angesicht über den Geist der Freiheit zu meditieren.

Cotton Mather und andere hatten den amerikanischen Heilswurf theoretisch aufgefaltet; ihm zufolge wandere das Licht in prädestinierten Schritten immer weiter nach Westen, um schließlich in Amerika als dem Gelobten Land der Neuzeit seine Erfüllung zu finden. Amerika und niemand sonst sei berufen - so immer wieder der provozierende Tenor durch die Jahrhunderte - der Welt und ihrem geschichtlichen Pfad vor auszuleuchten, weil die östlichen Reiche - das Heilige Römische, das spanische, französische, britische, auch das napoleonische - in diesem Sendungsauftrag versagt hätten. Die christliche Heilstheologie seit Augustinus wird durch den Puritanismus zum amerikanischen Vermächtnis, begründet im "covenant" (Vertrag) mit Gott. Auch betont man immer wieder die erwartete endzeitliche Erneuerung im johanneischen Sinn und bezieht hieraus das angebliche Recht zur Legitimation von Kriegen, Feldzügen und Vernichtungsschlägen, bis hin zu der fatalen Konzeption eines atomaren Erstschlags gegen das "Reich des Bösen", gegen das ein verrannter Sendungsmythos glaubt antreten zu müssen in einer letzten, siegreichen Schlacht.

### DER HISTORISCHE REIGEN DER FEINDBILDER

Doch noch ist der Weg nicht gegangen, das Land nicht erobert, die inwendige Sprengkraft des Calvinismus noch nicht zum weltbeherrschenden Industrie- und Bankmoloch gebündelt. Noch haben die verbissen sich durchschlagenden Siedler-Pioniere der Neuenglandstaaten, die rastlosen Heimatsucher aus Europa ihren entbehrungsreichen "Weg durch die Wildnis" vor sich, den sie wie auch ihre Nachfolger nicht ohne Stolz als "errand into the wilderness" heilstheologisch einkleiden. Der nie aufgearbeitete, nie kollektiv betrauerte Völkermord an den Indianern im 19. Jahrhundert wird aus dieser Perspektive verständlich: der angebliche Heilsbringer vernichtet die "Kinder des Satans" oder beläßt ihnen allenfalls gönnerhaft ein menschenunwürdiges "Reservat". Wenn sie sein Opfer werden, dann deshalb, weil sie schuldig geworden sind: weil sie zu einem frühen Zeitpunkt unrechtmäßig Land an sich gerissen hätten und nun auch noch dem weißen Mann im Wege stunden auf seinem Weg zur amerikanischen Weiterrettung (4).

Doch die so ehern erscheinenden Feindbilder sind dem historischen Wandel unterworfen, was den sektiererischen Pionieren aber nicht unlogisch erscheint: schließlich weiß das Alte Testament von 666 Feinden zu berichten. Was für die Puritaner der ersten Generation vormals die traditionellen Religionen und Staaten Europas waren, werden später - in der Neuen Welt - die rivalisierenden Spanier und Franzosen, die

englischen Kolonialtruppen des verhaßten Mutterlandes insbesondere, deren Intimfeind man ist, solange man in Abhängigkeit gedemütigt wird. Nach der Gründung des Bundesstaates Ende des 18. Jahrhunderts ortet man dann auch bald den Erbfeind im roten Ureinwohner, der eingesessene Lebensrechte vehement verteidigt. Und schließlich, zur Weltmacht mit Beginn dieses Jahrhunderts aufgestiegen, avanciert der Kommunismus zum Bollwerk des leibhaftigen Anti-Christen, das man zu schleifen sich vornimmt, weil es der Sendungsmythos so will (Blanke 1982: 15).

Immer blieb und bleibt diese hypertroph(überheblich)-gefährliche Geschichtsklitterung politisch brisant, aktuell und dynamisch, obwohl sie doch einer chiliastischen Geschichtsphilosophie entspringt (die das 1000jährige Reich nach Christi Wiedergeburt erwartet), deren Logik allenfalls im Mittelalter bei Joachim von Fiori und anderen noch Leitfunktionen zu besitzen schien. Daß sie auf leisen Sohlen wie auch in militantem Schritt einhergeht; uns zudem oft nurmehr als antiquiertes Relikt einer vorindustriellen Epoche im hochtechnisierten Amerika erscheint, macht sie umso bedrohlicher. Sie ist mitsamt ihrer irrationalen Floskelsprache aber keinesfalls nur ein dümmliches Bild im Kopf frommer Pilger, sondern so resistent, ansteckend und gemeingefährlich wie der europäische Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts.

Konkret und unüberhörbar sind die Signale, die die Richtung angeben, in die der "American Dream" in den achtziger Jahren zu strömen gedenkt. Mit Vorbedacht sei eingefügt: nicht alle US-Amerikaner denken in diesen Kategorien. Nicht alle lassen sich von Scharlatanen ins Bockshorn jagen; ja man darf zum Glück sogar sagen, daß viele, vielleicht viele Millionen von Menschen in den Vereinigten Staaten mit Angst oder ohnmächtigem Haß zusehen müssen, wie eine Minderheit sich zynisch die Schätze der Erde sowie die Ergebnisse gesellschaftlicher Arbeit zunutze macht, um - im Namen des Ganzen, versteht sich - die "Sicherheit", die "Freiheit", die "konservativen Werte" ihren rabiatischen und aggressiven Interessen unterzuordnen. Dies muß gesagt werden, damit das Folgende im richtigen und gerechten Licht erscheinen kann.

Die Reden und Sprechblasenrhetorik des gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, die an skandalöser Verantwortungslosigkeit und zynischer Menschenverachtung nicht mehr zu überbieten sind (5), machen nämlich den überreifen amerikanischen Traum von der "Beherrschung und Erlösung der Welt" mitsamt "Niederringung der Truppen des Anti-Christ" zur höchst bedrohlichen, realistischen Utopie. Nur allzu bald könnte sie konkret über uns kommen, denn die letzte Etappe dieses Feldzugs, wie ihn die Offenbarung des Johannes beschreibt, ist angeblich längst avisiert, ja

prophetisch kundgetan. Dementsprechend formieren sich auch die Bataillone der christlichen Rechten aller Schattierungen zum Endkampf gegen das "Böse" in der "Schlacht bei Harmaceddon" (Liedtke 1984: 60), von der sich die paranoiden Starprediger und millionenschweren Medienpriester in den USA das Tausendjährige Reich und offenbar auch die Lösung der irdischen Probleme erhoffen. Ist dies nicht, unübersehbar für jeden noch denkenden Zeitgenossen, das Wetterleuchten siegestrunkenener Endzeit-Herolde, die deshalb auch guten Gewissens - sozusagen seelenruhig - den Erstschlag im Ernst propagieren (Liedtke 1984: 59f)?

Blicken wir kurz in die amerikanische Geistesgeschichte zurück. Im 19. Jahrhundert amalgamierte diese Sendungshybris mit dem Pragmatismus Dewey'scher Prägung; ganz erheblich aber wurde sie getränkt vom Sozialdarwinismus, der aus Europa kam und zeitgenau den amerikanischen Weltmachtallüren der achtziger und neunziger Jahre entsprach (von Borch 1982). Die Nation hatte schon früher, schon seit der Monroe-Doktrin 1823 gewissermaßen zum Panthersprung nach dem begehrten Süden angesetzt: hinein in ihre zukunftssträchtige, ja "vorbestimmte" Einflußsphäre, die man von europäischen Zugriffen abschotten wollte. Amerika gehöre den Amerikanern, so plapperten alle, doch meinten verschiedene Leute Verschiedenes darunter. Die Nordamerikaner meinten auf alle Fälle nur sich selbst; den anderen, den "spanischen" Amerikanern wurde mehr oder weniger deutlich sowohl das Talent zur Politik als auch ein Sendungsauftrag in der Weltgeschichte abgesprochen. Immer drängender richteten sich die Interessen, die schon bald nach 1850 kurzfristig an der Pazifikküste gezügelt werden mußten, nun flutend nach Süden und kollidierten dort natürlich erneut mit den Kolonialpositionen der alten europäischen Mächte in Mittel- und Südamerika. Der Traum von Amerikas Sendung mauserte sich zusehends von der "bescheidenen" Befriedung des Landhungers im Norden zum usurpatorischen Anspruch auf den Süden, wobei eher an monetäre und industrielle Dependenz von allem Anfang an gedacht wurde (Niess 1984). Die hierzu erforderliche Geschichtsphilosophie lag bereit. Die Sendungsidee überhöhte und verklärte bald in Form einer universalistisch ausgreifenden menscheitsbeglückung, für die US-Amerika verantwortlich sei, die barbarisch-imperialistische Expansion, die ihre schleichenden Kanäle suchte und bis heute mit Erfolg auch findet.

## ANMERKUNGEN

- (1) 1639 stimmten die frommen, puritanischen Bewohner des Neu-England-Städtchens Milford über einen Landraub an den Indianern ab. Das Sitzungsprotokoll vermerkt lakonisch: "Erstens: Die Erde und alles was auf ihr ist gehört dem Herrn. Abgestimmt. Beschlossen. Zweitens: Der Herr übergibt die Erde seinen Heiligen. Abgestimmt. Beschlossen. Drittens: Wir sind seine Heiligen. Abgestimmt. Beschlossen." (Liedtke 1984: 7)
- (2) "Kindly seperated by nature and a wide ocean from the exterminating havoc (die allesverheerende Verwüstung, d.A.) of one quarter of the globe... possessing a choosen country, with room enough for our descendants to the thousandth and thousandth generation...enlightened by a benign religion... acknowledging and adoring an overruling Providence (beherrschende Vorsehung, d.A.)..." Thomas Jefferson: First Inaugural Address, 4.März 1801, in: An English and American Reader 1967: 119
- (3) "'God's own country', heißt es über die USA: Gottes eigenes Land. 'In God we trust', steht auf den Dollarscheinen: Wir bauen auf Gott. 'One nation under God', gelobt der amerikanische Staatsbürger im Fahneid: Eine Nation vor Gott. Daß diese Nation ... unter allen Ländern dieser Erde das beste ist - von Gott auserwählt, wie Reagan und seine Männer gern verkünden - der Glaube daran beseelt große Teile der Nation seit den Tagen der Pilgerväter." Liedtke 1984: 28
- (4) "Wenn es nach den führenden Sendungsideologen wie Josiah Strong ging, sollten die anderen Nationen, weil es nun einmal so im Plan der Geschichte vorgezeichnet war, notfalls auch zu ihrem Glück gezwungen werden: 'Gott hat zwei Hände', schrieb er. 'Mit der einen bereitet er in Amerika den Stempel, durch den die Nationen ihre Prägung erhalten, mit der anderen Hand bereitet er die Menschheit darauf vor, diese Prägung zu erhalten.'" (Niess 1984: 49)
- (5) Der Psychologe Friedrich Hacker schreibt über Reagans "Holocaust-Witz" ("Wir beginnen mit der Bombardierung Rußlands in fünf Minuten."): "Das amerikanische Ethos von Demokratie und Gleichheit mußte schon in der Gründerzeit irgendwie mit der praktischen Politik des Rassenhasses in Einklang gebracht werden. Im geschichtsverfälschenden Mythos wurden die Indianer (gleich den heutigen Russen) zur gesichtslosen Masse und Meute." (SPIEGEL, 34/1984: 85); und weiter bei Hacker: "Mühelos werden Nationen und Weltanschauungen personalisiert und unbeschadet ihrer komplexen Eigenart polarisiert; im Nu sind damit die einfachen, leicht überschaubaren Verhältnisse der Pionierzeit wiederhergestellt, in der die Unterscheidung zwischen Menschen (wie wir) und Untermenschen (nicht wie wir) ganz leicht war." (S. 86)

## NICARAGUA

## Notstand mit vielen ? ? ?

Seit Mitte Oktober herrscht in Nicaragua wieder der nationale Notstand, d.h., der Notstand, der im März 1982 verhängt und zur Zeit der Wahlen weitgehend eingeschränkt worden ist, wurde in vollem Umfang wieder in Kraft gesetzt und erweitert. "Das von Präsident Daniel Ortega unterzeichnete Dekret setzt 13 Artikel des nicaraguanischen Grundstatuts außer Kraft, das einen Monat nach dem Sieg der Sandinisten 1979 verabschiedet worden war... Das Dekret schränkt die individuellen und sozialen Rechte der Bürger ein, darunter das Recht auf die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Brief- und Telefongeheimnis, das Recht auf freie Meinungsäußerung und ihre Verbreitung im Rundfunk, das Versammlungs- und Streikrecht und die Freizügigkeit im Land, Verhaftungen ohne Haftbefehl sind möglich und das Recht auf einen baldigen Prozeß sowie das Appellationsrecht sind eingeschränkt. Die Pressezensur wird nach Angaben des Justizministers Reyes verstärkt werden." (Taz, 17. 10.85)

In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung begründete Ernesto Cardenal, der sich auf einer Rundreise durch die BRD befand, die Notwendigkeit dieser Maßnahme wie folgt: "Die erfolgte Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten sei allerdings weniger eine Maßnahme gegen die Freischärler, sie richte sich vielmehr gegen die 'interne Opposition'. Man dürfe nicht übersehen, daß dieser Schritt in Nicaragua per Gesetz erfolgt sei, wohingegen in vielen Ländern Lateinamerikas, auf die sich die Weltöffentlichkeit weniger konzentrierte, der Belagerungszustand fast die Normalität darstelle. Für die sandinistische Regierung sind laut Cardenal die

Gegner in der offiziellen katholischen Kirche um Kardinal Obando y Bravo die 'gefährlichste' interne Opposition. Der Kirchenführer trete nicht mehr als Seelsorger, sondern nur noch als Politiker auf, der in einer schwierigen Situation die Regierung destabilisieren wolle.

Auch die Opposition der drei in Nicaragua existierenden marxistisch-leninistischen Parteien sei ein Grund für die Erklärung des Ausnahmezustandes gewesen. Cardenal nannte die Kritik an der sandinistischen Regierung von links einen 'Angriff unter der Gürtellinie'. Das verhängte Streikverbot richte sich vor allem gegen Aufrufe dieser Partei, die bevorstehenden, für den Außenhandel Nicaraguas lebenswichtigen Erntea zu behindern." (SZ, 31.10.85)

### BEGRÜNDUNG

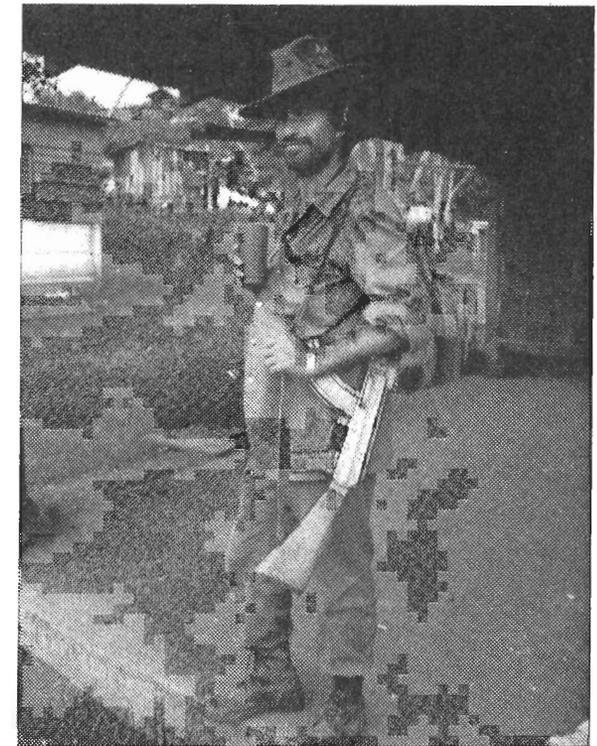
Über die konkreten Auslöser des Notstandes wissen wir wenig. Wir kennen weder die Aufrufe der linken Parteien, noch die neuesten Taten des Kardinal Obando. Was also macht die neue Qualität der Lage aus? Denn die Linken haben die Sandinisten immer kritisiert und der geistliche Hirte hat sich stets als Politiker betätigt.

Ergänzend war dann lediglich noch zu erfahren, daß der sozialistische Gewerkschaftsführer A. Solorzano wegen eines Hungerstreiks festgenommen wurde, den er antrat, um die Wiedereinführung des 13. Monatsgehaltes für alle (nicht nur für die Schlechtverdienenden, die es sowieso bekommen) zu erreichen, und daß 2 000 Angehörige der ebenfalls sozialistischen Bauarbeitergewerkschaft (SCAAS) vor die Nationalversammlung zogen, um mehr Lohn zu fordern.

Was die Kirche anbelangt, so schrieb die TAZ, daß sich der Notstand unter anderem gegen die Zeitschrift "Iglesia" richte, deren letzte Nummer nicht erscheinen durfte. Laut TAZ hat "das Blatt...die Wehrpflicht, die Einberufung von 11 Schülern eines Priesterseminars, die Ausweisung von 10 ausländischen Priestern aus Nicaragua sowie die staatliche Zensur des katholischen Senders... kritisiert". (17.10.85)

Vielen Nicaragua-Interessierten reichen diese Informationen als Begründung für den Notstand aus. Sie zitieren Tomás Borge, der immer wieder sagt, daß Nicaragua bedroht sei und sich mit allen Mitteln verteidigen müsse, auch mit denen, die den demokratisch gesinnten Kleinbürgern nicht passen. Wer trotzdem noch nach einem Anlaß für den Notstand fragt, wird auf die Bedrohung von außen verwiesen. Doch auch in diesem Zusammenhang

tauchen Ungereimtheiten auf, für die wir keine ausreichende Erklärung haben. Gerade in den Tagen, in denen der Notstand ausgerufen wurde, hat der Vizeminister für Verteidigung in einer Pressekonferenz bekanntgegeben, daß die Contra "strategisch zerschlagen" sei. (IDES 263): "Die nicaraguanischen Streitkräfte befinden sich laut Cuadra in einem Prozeß der siegreichen Initiative, der die strategische Zerschlagung der Contraverbände erreicht hat. Die FDN ist zu einem militärischen Projekt der Dekadenz und des Zerfalls geschrumpft und ARDE befindet sich im Zustand der Auflösung und Zersplitterung. ...Bis dato hat die Contra völlig die Fähigkeiten operationeller Strategien verloren, obwohl die terroristischen Aktionen weiterhin und unvermindert anhalten. Ziel des EPS sei die völlige Zerschlagung der regionalen Kommandos, insbesondere der Einheit "Jorge Salazar", obwohl sich tendenziell der Schwerpunkt an die Nordgrenze verlagert mit dem Ziel, daß die dennoch durchkommenen Contraverbände bereits geschlagen sind. Cuadra betonte, daß die aktuelle militärische Situation dem EPS erlaubt, für die anstehende Kaffeernte eine beträcht-



liche Sicherheitszone zu garantieren, wobei dennoch ca. 7 000 Pflücker bewaffnet werden. Zum ersten Mal wird in diesem Jahr wieder in Gebieten wie Castillo Norte und Chata geerntet werden können."

## FRAGEN

Nach der Bekanntgabe des Notstands hat man in den Kreisen der Solidaritätsbewegung aber auch einiges Unbehagen darüber verspürt, daß er so unvermittelt und aus offensichtlich schwer faßlichem Anlaß kam. Manche waren, wie schon öfter, über die rigide Einschränkung der Freiheiten besorgt, die wir die bürgerlichen nennen. Denn als Notstandsland können wir Nicaragua nur schlecht in kirchlichen, sozialdemokratischen und humanistischen Kreisen präsentieren. Wir werden Antwort auf die Frage finden müssen, warum es unbedingt nötig war, die Gesetze zum Schutze der persönlichen Freiheit und die freie Meinungsäußerung so drastisch zu beschränken. Auch diejenigen, die den Berichten über Menschenrechtsverletzungen, wie sie die Konrad-Adenauer-Stiftung parat hat (siehe Artikel in diesem Heft) nicht glauben, werden durch den Notstand für derartige Horrormeldungen anfälliger sein.

Während derlei Sorgen einige doch stark beschäftigen, haben nur die wenigsten Probleme mit dem Umstand, daß die Notstandsgesetze auch die Linken und die Gewerkschaften treffen. Am häufigsten hört man die Ansicht, daß man ein Land, das in so großer Not sei, nicht zu kritisieren habe, daß dies der Sabotage gleichkomme. So empfindlich viele Linke sonst mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung auch sind, sobald es sich um Nicaragua handelt, kennen sie nur noch Linie und Parolen. Sie kommen kaum auf die Idee, an den Äußerungen der Sandinisten, was ihre linken Kritiker betrifft, zu zweifeln. Besonders bedauerlich sind dann Kommentare, wie etwa in der TAZ, die das Problem mit der Versicherung lösen, "das Volk" sei von den Notstandsgesetzen gar nicht betroffen - streikende Arbeiter gehören wohl nicht mehr zum Volk, auch nicht die Arbeiter der sozialistischen Gewerkschaften.

Die Diskussion um die Notstandsgesetze wird vor allem dadurch erschwert, daß diese die Probleme der Sandinisten nicht lösen. Es ist bekannt, daß die Kontrolle über die Spekulanten mit Hilfe der neuen Haftverordnungen erleichtert werden sollen. Aber alle wissen, daß es diesbezüglich bereits genügend Gesetze gibt und daß das Problem in den Behörden und Ministerien zu suchen ist, wo bis in sandinistische Kreise hinein, geschoben und gekungelt wird. Und mit der Zensur der rechten und



der linken Presse wird in erster Linie die Gerüchteküche weiter beliefert, auf die in Nicaragua viele Leute mehr vertrauen als auf das, was in der Barricada steht. Und die Kirche? Besteht nicht die Gefahr, daß der Märtyrer Obando noch einen Heiligenschein mehr bekommt? Als "Opfer" der Sandinisten ist er bereits Kardinal geworden. Und er macht weiter, das ist klar, jetzt erst recht.

## ERKLÄRUNGSVERSUCH

Es liegt nahe, daß die Frente Sandinista jetzt mit dem Notstand ihrem Volk und aller Welt verkünden wollte, daß sie Herr im Hause ist, daß sie die Sache unter Kontrolle hat und gewillt ist, ihren Weg links oder rechts zur Diskussion zu stellen. Derartige Demonstrationen ihres Durchsetzungswillens und ihrer Kraft hat die FSLN immer wieder gegeben. Sie kamen stets fast unvermittelt und wirkten dann - wie diesmal auch - wie ein wuchtiger Schlag. Ob es der Notstand 1982 war, der nackte Priester auf der Straße von Masaya, die Rede von Tomás Borge am 1. Mai 1982, als er den Sozialismus ausrief oder die Inhaftierung von linken Gewerkschaftern und rechten Unternehmern, ob links oder rechts, sie bekamen immer wieder mal einen gehörigen Denkkettel. Und auf die Peitsche folgte dann das Zuckerbrot, allerdings ausschließlich für die Rechten. So auch jetzt. Nicaraguas private Kaffeeanbauer bekommen

in diesem Jahr fünf Dollar pro Quintal Kaffee als Aufpreis, für die Baumwollplantagenbesitzer ist ähnliches geplant. Die Läden in Managua sind wieder voller, vor allem mit den Waren, die den Mittelstand interessieren. Die Löhne sind gestiegen, vor allem die der Gutverdienenden. Denn wenn sie auch prozentual gesehen schlechter weggekommen sind als die unteren Einkommensschichten, so verdienen sie absolut gesehen sehr viel mehr. Seit dem Sieg 1979 hat sich das Einkommen der untersten Lohngruppe um 3 000 Cordobas erhöht, das der obersten um 15 000 - 20 000 Cordobas.

Die bevorzugte Behandlung der Besitzenden in Nicaragua ist bis heute ein Thema, das gerne hinter vorgehaltener Hand behandelt wird, das man dann aber von Zeit zu Zeit doch nicht ganz verschweigen kann. Der "Envio", die sandinistische Zeitschrift für die Solidaritätsbewegung im Ausland, trägt in seiner letzten Nummer einiges zur Aufklärung in dieser Hinsicht bei. In einem Bericht über die Agrarreform heißt es klipp und klar: "Bei den historischen Agrarreformen in Mexiko, der Sowjetunion, China und Bolivien besetzten die Bauern die Ländereien der Eigentümer und die revolutionären Regierungen unterstützten die Aufteilung des Landes unter ihnen. Im Vergleich dazu trug die nicaraguanische Agrarreform sehr vorsichtige Züge und respektierte von allen Agrarreformen, die die Bauernschaft wirklich begünstigt haben, das landwirtschaftliche Unternehmertum am stärksten." (S. 32)

Der "Envio" berichtet dann von den Bauern von Masaya, die mehr Land gefordert und es sich im Juni 1985 durch Protest und Landbesetzungen erkämpft haben. Gleichzeitig aber weist er darauf hin, daß auch nach dieser Landvergabe "noch ca. 6 111 Familien übrig (bleiben), die keine Nutznießer der Landreform sind und dringend Land benötigen." (S. 36)

Bekanntlich haben die reichen Herren es der Regierung noch niemals gedankt, daß sie so schonend behandelt werden, sondern mit den Geldern, die sie leicht verdienten, die Opposition im Inneren und die Contra unterstützt.

Es gehört zu den bitteren Realitäten der gemischten Wirtschaft in Nicaragua, daß sie die Kritiker von rechts nicht lange schlagen kann. Das macht die Sache für diejenigen um so bitterer, die seit der Revolution nur draufgezahlt und nichts gewonnen haben. Die Armen werden immer ärmer, denn seit der Aufhebung der Subventionen für Grundnahrungsmittel sind die Preise ungeheuer gestiegen und es ist nicht wahr, daß sie durch die Lohnerhöhungen auch nur einigermaßen kompensiert werden.

Es grenzt schon fast an ein Wunder, daß bisher so relativ wenig gestreikt worden ist, doch niemand kann vorausagen, wie lange dieses Wohlverhalten dauern wird.

Wer in Nicaragua einigermaßen überleben will, muß Dollars haben. Vom Mittelstand aufwärts ist das nicht so schwer, aber sehr viel schwerer als früher. So wächst, trotz der genannten Warenflut, auch in diesen Kreisen der Unmut über die gestiegenen Preise. Wenn früher ein Akademiker für ein Auto acht Monatsgehälter bereitlegen mußte, so sind es heute sechzig.

Der Notstand ist also ein erneuter Versuch, sich auf die Eventualitäten vorzubereiten, die die wachsende Unzufriedenheit auf allen Seiten mit sich bringen kann.

Was soll eine revolutionäre Führung auch sonst machen, die ihre Devisen für die Verteidigung braucht und kaum eines der Versprechen halten kann, das sie ihren Anhängern gab?

An dieser Stelle wäre ein seitenlanges Lamento fällig über das Elend aller Revolutionen, in denen die Sieger stets nach kurzer Zeit derart in die Enge getrieben werden, daß ihre anfänglichen Ideale gänzlich in den Hintergrund treten.

Das Erstaunlichste an dieser ganzen Geschichte ist aber doch, daß noch eine jede solche Revolution bis zu ihrem bitteren Ende oder bis zu ihrer völligen Verstümmelung von einer Schar von Gläubigen begleitet wurde, die es einfach nicht sehen, sondern ihren Traum behalten wollen.

Einer hat neulich zu mir gesagt, daß er angesichts der trüben Lage, in der die Nicas sich befinden, nichts mehr kritisieren will. Ich fragte ihn, was er jetzt für die Nicaraguaner täte und er meinte, es sei genug, einfach nur über die positiven Seiten der Revolution zu reden.

Warum sollten wir es uns auch so schwer machen? Wir wissen doch seit Vietnam, wie schnell man im Falle einer Enttäuschung ein anderes Land der Sehnsucht finden kann.

## Kaffee – gut gelaunt genießen!

"Laß uns mal einen Kaffee trinken!" "Bei einer Tasse Kaffee sprechen wir in Ruhe darüber!"

Kaffee als alltägliches Genußmittel ist aus unserem Speise- bzw. Getränkeplan nicht mehr wegzudenken.

Laut Statistik steht Kaffee 1984 in der Getränkeskala in der BRD an erster Stelle mit einem jährlichen Pro-Kopf-Verbrauch von 164,1 Litern, vor Bier und Milch. Doch kaum einer der zahlreichen Kaffeetrinker denkt, während er seinen Kaffee genüßlich schlürft oder hektisch hinunterkippt daran, woher dieser Kaffee kommt, unter welchen Bedingungen er produziert wird, welche "Geschichte" er hat, bis er in den Verkaufsregalen zum Kauf angeboten wird. Der folgende Artikel versucht, insbesondere am Beispiel von Nicaragua bzw. El Salvador, einige Hintergrundinformationen zu diesen Fragen zu geben.

### ZUR GESCHICHTE DES KAFFEES

Seinen Ursprung hat der Kaffee vermutlich in Abessinien, dem heutigen Äthiopien. Im Verlauf des 16. Jh.s kamen die braunen Bohnen über die alten Karawanenstraßen des Orients, über die Türkei nach Europa.

Kaffee wird nun zum Luxusgut der höfischen Gesellschaft. Doch auch das Bürgertum entdeckt bald das anregende Getränk für sich und so entstehen Ende des 17. Jh.s die ersten Kaffeehäuser in den Metropolen, die schnell zum Treffpunkt des Bürgertums und zu Zentren des gesellschaftlichen Lebens werden. Hier werden Nachrichten ausgetauscht, Geschäfte abgeschlossen etc. Bis Kaffee auch zum alltäglichen Genußmittel für die breite Bevölkerung wird, sollten noch einige Jahrzehnte vergehen.

Relativ bald wird jedoch der Kaffee als koloniales Handelsprodukt interessant. Handelshäuser und Kaufleute kümmern sich in den Überseekolonien um Kaffee-Anbau bzw. den Aufbau von Großplantagen. Dies verändert massiv die inneren Strukturen der (neuen) Anbauländer. Kleinbauern und Indiogemeinschaften werden durch Großgrundbesitzer von ihrem Land vertrieben. Sie sind heute meist gezwungen, als billige Saisonarbeiter in der Kaffee-Ernte zu arbeiten.

Obwohl in den einzelnen Kolonialländern die "Geschichte" des Kaffees und damit verbunden die Geschichte der Abhängigkeit unterschiedlich verlaufen ist, bleibt doch das Grundprinzip der Abhängigkeit gleich. Als klassisches Beispiel soll nun El Salvador beschrieben werden, wo eine kleine Kaffee-Oligarchie von wenigen Familien den Kaffeeanbau kontrolliert.

Die folgende Darstellung der "Kaffeegeschichte" ist (gekürzt) einem Heft für Unterrichtsmaterialien für den Post-Alphabetisierungskurs der Volkslehrer im salvadorischen Flüchtlingslager Colomoncagua in Honduras entnommen:

### "KAFFEE, UNSER SCHWEISS, DEN ANDERE STEHLEN!"

"...Bevor die "Herrschaft des Kaffees" anfang, waren 40 % des nationalen Territoriums El Salvadors "ejidos" und indianisches Gemeinschaftsland. Die "ejidos" gehörten den Gemeinden, die sie jährlich an ihre Einwohner zuteilten. 1864 begann der Raub der Gemeinschaftsländereien und "ejidos". Die bürgerliche Geschichtsschreibung erzählt davon nichts, obwohl es zu vielen Bauernrevolten gegen diese Enteignung kam.

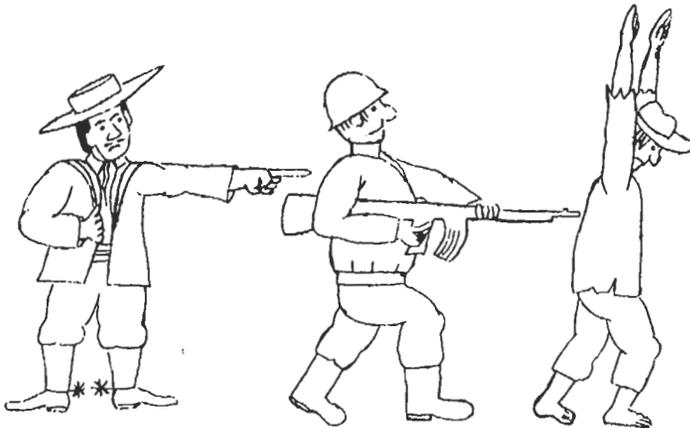
...Einerseits waren es die traditionellen Großgrundbesitzer, d.h. jene, die zuvor Indigo oder Getreide angebaut hatten oder Vieh hielten (die sich die Ländereien aneigneten), andererseits eine neue Schicht von "cafetaleros" (Kaffeepflanzern), die sich aus Ärzten, Händlern, Offizieren, ladinischen Handwerkern usw. zusammensetzte.

...Die Enteignung dieser Ländereien schuf einen riesigen Arbeitskräftemarkt, d.h. es gab viele Bauern, die zur Arbeit für die Kaffee-Oligarchie bereitstanden. Die Bauern von früher hatten sich in Landarbeiter und "colonos" verwandelt. Colonos nennen wir die Bauern, die ihre Hütte und ein kleines Stückchen Land innerhalb der Hacienda haben und die Pacht mit ihrer Arbeit für den Haciendabesitzer bezahlen. Oft

verschulden sie sich beim Großgrundbesitzer und haben dann viel weniger Bewegungsfreiheit als die Landarbeiter. So ist die Beziehung zwischen dem Arbeiter und dem Landbesitzer eine Knechtschaft.



Das einzige, was dann noch fehlte, war, die neue Arbeitskraft zu disziplinieren, denn sie war es noch nicht gewohnt, unter dem Joch der Großgrundbesitzer zu arbeiten. Dies geschah mit den "Gesetzen gegen das Vagabundentum" und der Schaffung von "Sicherheitskräften". So wurde 1889 z.B. die "berittene Landpolizei" ins Leben gerufen...."



Wie häufig auch heute noch das Leben der Erntearbeiter auf den Kaffeeplantagen aussieht, schildert Don Lito, Katechet, Bauernführer und später Guerillero. (gekürzt aus: M. Heckhorn, Die Enkel des Jaguar, Berlin 1983):

## EIN HUNDELEBEN

"Ich war drei Jahre nacheinander beim Pflücken. Wegen der Not. Alle Welt geht zum Pflücken. Die Dörfer sind dann wie ausgestorben. Da gibt's Dörfer, ganze Weiler mit 20 Häusern, wo drei Alte dableiben und die 20 Häuser hüten. Klar, die Leute heulen fast beim Weggehen, es ist einem bange, wegen der Ungewißheit, was wohl kommen mag. Aber da ist noch was, warum alle gehen: Das ist das einzige Mal im Jahr, daß man mal wegkommt. Und rein in den Bus und eine richtige Kreuzfahrt übers Land, das ist ihr einziges Vergnügen. Manche kommen schon nach fünf Tagen zurück. Keine Arbeit, nur Geld ausgegeben haben sie. Für nichts. Andere hatten Glück. Vielleicht waren sie ein bißchen dick, als sie weggegangen sind, aber wenn sie zurückkommen: nur noch Knochen. Und jedes Jahr gehen sie wieder hin. Aus Not. Weil sie keine Kleider mehr haben, weil das Haus einstürzt und man Ziegel kaufen muß. Einen Monat, zwei Monate, manche bis zu drei Monaten. Und manchmal sterben die Leute auch, einfach so. Viele Kinder bleiben dort, tot. Alte Leute mit Anämie. Sie sterben auf den Finças und kommen nicht mehr nach Hause zurück. Das ist ein Hundeleben dort, aber das von einem armen Hund. Nach der Arbeit, am Abend, da bäckt man sich seine Tortillas mit Bohnen. Jeden Tag nur Bohnen. Dann um sieben: ab zum Schlafen in die Baracken. Das ist eklig, in diesen Baracken zu schlafen. Um neun bimmelt eine Glocke, und ein Polizist schließt das Tor. Und man ist eingeschlossen. Hunderte von Leute schlafen da drin! Es gibt kein Wasser zum Baden. Und den ganzen Tag arbeiten und schwitzen in der Sonne. Alles ist voller Dreck. Wenn Sie sich ausziehen, dann stinkt der ganze Körper. Und dann ziehen Sie sich die Plastikschuhe aus. Auf jedem Zeh ist eine Blase, die brennt. Und dann, wo man bloß Bohnen ißt...also eine Verdauung ist das... Die Fürze! Teufel noch mal! Furzgestank, Schweißmief, Käsefüße! Und eingeschlossen! Nach einer Viertelstunde merken Sie's gar nicht mehr. Sie haben sich daran gewöhnt. Aber stellen Sie sich vor, wie Sie da zurückkommen nach Hause: voller Krankheiten..."

## IM NEUEN NICARAGUA NICHT VIEL ANDERS?

In Nicaragua verlief die Entwicklung des Kaffees strukturell nicht viel anders. Hier wurden die Geschicke des Landes nicht von einer Oligarchie bestimmt, sondern seit Ende der dreißiger Jahre hauptsächlich vom Somoza-Clan.

Obwohl die Sandinisten eine Reihe von Sofortmaßnahmen starteten (Verstaatlichung des Außenhandels, Landreform u.a.), hat sich leider sehr viel nicht geändert - nämlich z.B. die Abhängigkeit des Landes vom Kaffee-Export: Kaffee ist nach Baumwolle das zweitwichtigste Exportprodukt. 1983 brachte der Kaffee-Export ca. 30 % der Deviseneinnahmen.

Internationale Preise der traditionellen Hauptexportprodukte Nicaraguas (in Dollars)

Produkt	Ø 1980/82	1983	1984	1985
Baumwolle	70,78	63,53	73,97	50,00
Zucker	18,04	14,47	9,43	5,00
Fleisch	1,18	1,00	0,89	0,80
Kaffee	135,53	108,07	136,56	140,00

Auch die Besitzstrukturen haben sich seit 1979 nicht wesentlich verändert (trotz Enteignung der Somozaabesitzer):

### Struktur der nationalen Kaffeeproduktion:

- ca. 20 % Staatsbetriebe
- 55 % kleine und mittlere Produktionsstätten und Cooperativen
- 25 % große private Betriebe

Die flächenmäßige Verteilung in der wichtigsten Kaffeeregion (Matagalpa/Jinotega, Region VI):

Kleine und mittlere Produzenten:	34.000 manzanas
staatliche Produktionsbetriebe	12.000 "
Großgrundbesitz	21.500 " (ca. 30 %)
(1 Manzana = 0,7ha)	

## SCHWIERIGKEITEN - UND KEIN ENDE ...

Mögliche Fortschritte der Sandinisten wurden durch die harte ökonomische und militärische Belastung immer schwerer zu verwirklichen oder aufrechtzuerhalten:

Durch die permanente außen- und innenpolitische Bedrohung und den Krieg mit der Contra erfolgte bald die Ausrichtung der Wirtschaft auf eine Kriegswirtschaft. Anstatt den Bedürfnissen der Bevölkerung zu entsprechen, haben nun militärische Güter und das Transportwesen Vorrang.



Die Überschwemmungen im Mai/Juni 1982 und die darauffolgende Dürre, die von den USA verhängten Wirtschaftsboykottmaßnahmen (Bananen und Zucker) und die zunehmenden Contra-Angriffe beutelten das Land. Die erforderliche Rekrutierung der Bevölkerung hatte ein sinkendes Bruttosozialprodukt zur Folge, die landwirtschaftliche Produktion stagnierte, die Industrieproduktion ging zurück. Zur Förderung des Exports hoben die staatlichen Verkaufsgesellschaften die Preise für Exportgüter an.

Die Ausgaben für Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialprogramme mußten erst reduziert bzw. später eingestellt werden. Die Preise für Grundnahrungsmittel blieben zunächst aufgrund der staatlichen Subventionen (1983 26 % des Staatshaushalts) fast stabil. 1984 wurden jedoch auch diese Subventionen gestrichen, da sie mit 190 Mio. Dollar fast die Hälfte der Exporteinnahmen geschluckt hätten. Nicaragua rückte von dem Ziel, die Exporterlöse zum Aufbau einer eigenen Industrie zu verwenden und von der auf den kapitalistischen Weltmarkt ausgerichteten Produktionsstruktur wegzukommen, immer weiter ab. Der landwirtschaftliche Ertrag fiel zwangsweise um 14 %, die Inflationsrate betrug 1984 ca. 50 %. Zunehmender Devisenmangel und Schmuggel führten zu Spekulationen und Schwarzmarkt. Die Hauptstadt Managua wird zunehmend zum bürokratischen "Wasserkopf".

Um die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln zu verbessern, wurde nach 1979 begonnen, die konfiszierten Ländereien teilweise an Saisonarbeiter, Landarbeiter und arme Bauern zu vergeben und auch auf den noch verbleibenden UPEs (staatliche Produktionsstätten) verstärkt Grundnahrungsmittel anzubauen. Trotzdem muß Nicaragua nach wie vor Grundnahrungsmittel importieren (1984 für 34 Mio. Dollar). (Die Verteidigungskosten betragen ca. 40 % des Staatshaushaltes).

Dementsprechend kommt der Ernte von Kaffee und Baumwolle als den Hauptdevisenbringern große Bedeutung zu. Die verstärkten Contraaktivitäten, gerade im Hauptkaffeeanbaugebiet im Norden des Landes, gefährden diese wichtige Einnahmequelle.



Die Auswirkungen des Krieges machen Nicaragua sehr zu schaffen. Die permanenten Angriffe der Contras richten sich neben der Zerstörung von Krankenhäusern und Schulen hauptsächlich auf die für den Export wichtige Infra-Struktur: Gezielt werden Straßen, Brücken, Kaffeefincas und Beneficios (Aufbereitungsanlagen für Kaffee) zerstört. So sind in der letzten Kaffee-Ernte Schäden in Höhe von mindestens 25 Mio. Dollar entstanden.

Allein in den Monaten Dezember 1983 bis Februar 1984 sind 40 Besitzungen (hauptsächlich von Privatproduzenten) zerstört worden, was Schäden von ca. 1 Mio. Dollar verursachte. 850 Agrarproduzenten sind in den letzten Jahren ermordet worden. Seit 1982 gab es ca. 7.000 Tote durch die Contra und 10.000 Flüchtlinge. Allein in der Region VI wurden 50 CAS zerstört (CAS sind Sandinistische Agrarkooperativen: Grund und Boden sind Gemeingut und werden gemeinsam bewirtschaftet; im Gegensatz dazu CCS-Kooperativen, deren Zusammenschluß begrenzt ist, z.B. nur für Kredite oder Dienstleistungen.).

Geldmangel und der ökonomische Boykott sind wichtige Gründe dafür, daß die Sandinisten die derzeitige desolate Lage nicht den in Griff bekommen. Zerstörte Straßen, fehlende Ersatzteile für Transportmittel und Maschinen erschweren Produktion und Versorgung mit Hilfsmitteln, Werkzeug und Nahrungsmitteln. Geld, das für die Verteidigung ausgegeben wird, fehlt in der Produktion. Doch auch mangelnde Organisation, die schwerfällige Administration und die verfilzte Bürokratie in den Ministerien tragen ihr Scherflein bei. In den Ämtern scheint die Korruption prächtig zu gedeihen. Die Spekulanten freuen sich, ihr Geschäft blüht.

### DOLLAR\$ FÜR DIE KAFFEEPRODUZENTEN!

Die Regierung versucht, dieser Situation durch verschiedene Maßnahmen entgegen zu wirken. Sie scheint auf die Privatproduzenten zu setzen und will sie durch Anreize zu einer gesteigerten Produktion stimulieren, wie früher schon bei Fleisch, so jetzt auch bei Kaffee und Baumwolle.

Für Kaffee bedeutet dies konkret:

In diesem Erntejahr wird jedem Produzenten, der Kaffee abliefern, pro Quintal (ca. 46 kg) "cafe oro" (=exportfertiger hochwertiger Kaffee der normalen Güteklasse am Hafen) 10.500 Cordobas + 5 US-Dollar bezahlt. Wenn der Kaffee nicht als "oro" an die staatliche Kaffeevermarktungsgesellschaft Encafe verkauft wird, sondern als "pergamino" (eine Produktionsvorstufe), gibt es weniger Cord. und auch weniger Dollars. Noch bessere Sorten werden entsprechend höher prämiert. Für "caribe" werden sechs, für "segovia" sieben und für "magarojipe" bis zu 9 Dollar geboten. Bisher wurde den Kaffee-



produzenten als Höchstpreis für ihren Kaffee zwischen 3.100 und 3.200 Cord. bezahlt. Dieser Anreiz soll die Kaffeeproduzenten dazu bringen, sich mehr um ihre Kaffeepflanzungen zu kümmern, mehr Kaffee anzubauen und auch - trotz der Contra-Drohungen - die Ernte in diesem Jahr einzubringen. Fraglich ist jedoch, wo die Regierung das Geld dafür hernehmen will.

Um dem Problem der fehlenden Saisonarbeiter (Pflücker) zu begegnen (viele haben Land übereignet bekommen und bauen selbst an, andere sind zur Verteidigung an der Grenze stationiert, wieder andere sind abgeschreckt durch die vielen Contra-Überfälle), zahlt die Regierung nun wesentlich höhere Löhne. Wurden noch 1983 15 Cord. pro Lata (10-12 kg) und 1984 21 Cord. bezahlt, bekommt nun jeder Pflücker pro Lata 70 Cord. und zusätzlich ein monatliches Grundgehalt von 1.600 Cord.. Die Pflückleistung eines guten Pflückers liegt bei 8-10 Latas pro Tag (ein Industriearbeiter verdient ungefähr 10-12.000 Cord.). Löhne und Preise sind staatlich festgesetzt und gelten somit auch bei den privaten Produzenten.

## NEUE BOHNEN BRAUCHT DAS LAND?

Um die Produktivität des Kaffeeanbaus zu erhöhen, forciert die Regierung ein "Modernisierungsprogramm": Eine neue Kaffeesornte soll gepflanzt werden, die weniger schattenabhängig ist und einen geringeren Platzbedarf hat. Die Regierung unterstützt diesen Umstellungsprozeß mit Zuschüssen bis zu

56.000 Cord. je Hektar. Dieses Programm tut sich freilich schwer. Auch hier fehlt Geld.

Diese neuen Kaffeepflanzen sind sehr empfindlich, brauchen mehr permanente Pflege, während die Ernte einfacher vonstatten geht: die Wege sind kürzer, die Kaffee-Kirschen reifen gleichmäßiger etc... Dies bedeutet, daß mehr Dauerarbeitsplätze entstehen, während die Zahl der benötigten Erntearbeiter zurückgehen wird.

Das Ziel der Sandinistischen Kaffeepolitik ist es, durch Technifizierung auf kleinerer Fläche größere Erträge zu erwirtschaften.

Im traditionellen Anbau können bisher auf 1 Manzana (0,7 ha) 1.000 Kaffeebüsche mit einem Ertrag von 10-15 Quintal gepflanzt werden. In der modernisierten Produktion könnten dann auf 1 Manzana 3-3.700 Kaffeebäumchen gepflanzt werden bei einer Ausbeute von 30 Quintal (bis zu 60 Quintal möglich).

Doch die Einführung der Hohertragsorte bei hochtechnifizierten Kaffeepflanzungen bringt auch bedenkliche Nebeneffekte mit sich:

So wäre eine intensivere Bewirtschaftung auf kleinerer Fläche möglich, wodurch bei gleichem Ernteertrag Flächen für den so wichtigen Anbau von Grundnahrungsmitteln frei würden; sie kann jedoch auch zu verstärkter Monokultur führen, mit den entsprechenden schädlichen Folgen.

Die neuen Kaffeepflanzen sind empfindlicher, der Düngemiteleinsatz entsprechend wesentlich höher. Düngemittel und chemische Gifte verderben Böden und Pflanzen. Hinzu kommt, daß Düngemittel in Nicaragua nahezu unerschwinglich sind. Sie müssen aus Mexiko und der BRD importiert werden und sind "im Moment nicht zu haben".

So besteht einmal mehr die Gefahr, daß die Sandinisten in eine verstärkte Abhängigkeit geraten. Das Wissen über die schädlichen Auswirkungen der chemischen Gifte ist sehr gering. "Wir müssen glauben, was uns die Wissenschaftler von Hoechst erzählen", so ein Kaffeeproduzent aus Matagalpa in Berlin im Nov. 1985.

## VOM KAFFEESTRAUCH ZUM HAFEN

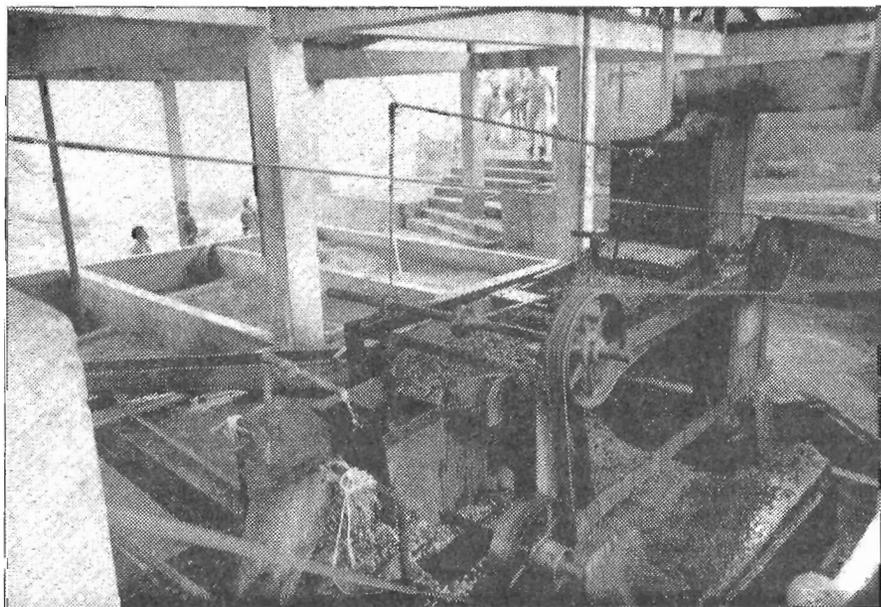
Der Kaffee gedeiht am besten in höheren Lagen zwischen 1.000 bis zu 2.000 Metern, bei Temperaturen zwischen 15 und 25°C. Deshalb verlagerte sich der Kaffeeanbau in Nicaragua von der flacheren Pazifik-Zone mehr und mehr in die Berge des Nordens, nach

Matagalpa und Jinotega, in die Grenzregion zu Honduras. Die Kaffeepflanzen wachsen langsam. Sie brauchen guten Boden, Schatten und viel Feuchtigkeit. Es dauert bis zu vier Jahre, bis sie einen vollen Ernte-Ertrag bringen. Das bedeutet: auf Jahre müssen die Kaffeebauern Geld vorschießen, bis sie Einnahmen aus dem Verkauf bekommen. Abhängig vom Klima in den einzelnen Regionen werden die Kaffee-Kirschen im November/Dezember bis ca. Februar reif.

Während des Jahres arbeiten nur wenige Landarbeiter permanent auf den Plantagen, nur 10 % der zur Ernte beschäftigten Arbeiter. Im ganzen Land beläuft sich die Zahl der Pflücker auf 50.000, allein in der Region VI sind mindestens 20.000 Personen damit beschäftigt, von November bis Februar die Kaffee-Kirschen zu ernten.

Der Kaffee wird gepflückt und gewogen. Über die einzelnen Pflückleistungen wird genau Buch geführt, die Bezahlung erfolgt nach Leistung. Der Verdienst als Pflücker ist wesentlich besser als bei anderen Arbeiten in der Landwirtschaft.

Die roten Kaffeekirschen müssen schnell weiterverarbeitet werden, da sie sonst verderben. Sie werden in die 'beneficios' gebracht (Kaffeeaufbereitungsanlagen). Eine Maschine zerdrückt dort die Kirschen



und trennt die Schale vom Fruchtkern. Die grünlich-grünen Bohnen, die zum Vorschein kommen, werden für 1 bis 2 Tage in Wasser eingeweicht, damit sich die Schleimschicht löst. Im nächsten Arbeitsgang werden sie gewaschen, auf großen Sieben in der Sonne oder in einer Trockenmaschine getrocknet. Die Kaffeebohne ist nun mit einer hellen Haut umgeben, wie Pergament. Deshalb heißt der Kaffee in diesem Stadium der Verarbeitung 'pergamino'. Spätestens jetzt wechselt der Kaffee seinen Besitzer. Die Bauern bringen den 'pergamino'-Kaffee zu einer Ankaufsstelle von ENCAFE. Sie kontrolliert die Weiterverarbeitung des Kaffees und dessen Export. ENCAFE garantiert jedem Bauern den gleichen Preis für gleiche Qualität. Die ehemalige Abhängigkeit vom Wucher der Großgrundbesitzer gibt es damit nicht mehr. Im Auftrag von ENCAFE verarbeiten große



staatliche oder private Unternehmen den Kaffee weiter. Die Aufbereitungsanlagen sind zum größten Teil (über 66 %) in privatem Besitz, jedoch staatlich kontrolliert. Die Lohnarbeit in den Betrieben und die Arbeit der Betriebe erfolgt zu staatlich festgesetzten Preisen.

Der 'pergamino'-Kaffee muß noch einmal getrocknet und die 'pergamino'-Haut abgerubbelt werden. Übrig bleiben die grünen Rohkaffeebohnen, so wie sie später in der Bundesrepublik ankommen. Sie durchlaufen noch einige Sortierverfahren, werden nach Qualitäten geordnet, bevor sie in Säcken abgepackt zum Hafen transportiert werden und in die Verbraucherländer verschifft werden, zum Beispiel zu uns in die BRD.

## DER GROSSE COUP MIT DEM KAFFEE

Mit rund 500.000t (über 8 Mio. Sack a 60 kg) im Jahr ist die Bundesrepublik nach den USA das zweitwichtigste Kaffee-Importland der Welt. Fast jede dritte Bohne in der BRD kommt aus Kolumbien, danach sind Brasilien, El Salvador, Tansania, Kenia und Guatemala die wichtigsten Lieferanten. Der Kaffee-Zwerg Nicaragua liefert gerade knapp über 1 % der deutschen Rohkaffee-Einfuhren. Umgekehrt ist die Abhängigkeit freilich deutlich, denn die BRD ist für Nicaragua immer noch wichtigster Abnehmer von Rohkaffee unter den Mitgliedstaaten des Internationalen Kaffeeabkommens (kurz ICO).

Im Weltkaffeeabkommen sind 48 Erzeugerländer und 25 Verbraucherländer zusammengeschlossen. Einige Ostblockländer und Staaten im Nahen Osten sind nicht Mitglied im ICO. Sie beziehen ihren Kaffee außerhalb des Abkommens zu einem Preis, der teilweise weit unter dem ICO-Preis liegt. Das ICO hat die Aufgabe, den Kaffeehandel in Bezug auf Preis und Exportmenge zu regulieren. Auf einer alljährlichen Konferenz vor Beginn des neuen Kaffeejahres (Okt.-Sept.) werden Exportmenge und Preise festgelegt. Den Produzentenländern werden Exportquoten zugeteilt und je nachdem, ob der Kaffeepreis an der Börse an der oberen oder unteren Preisgrenze liegt,



werden die Exportquoten erhöht bzw. gekürzt. Jedes Mitgliedsland hat eine seiner Export- bzw. Importmenge entsprechende Stimmzahl bei der Konferenz; daß Großproduzenten bzw. Großkonsumenten die ICO dominieren ist offensichtlich. Die Konkurrenz zwischen den Erzeugerländern ist enorm. Diese sind wegen ihrer extremen Exportabhängigkeit leicht unter Druck zu setzen, denn bei einer weltweiten Überproduktion an Kaffee (ca. 40 Mio. Sack Kaffee, das entspricht etwa 2/3 der gesamten Jahresmenge, die im Rahmen der ICO umgesetzt wird), haben die Großverbraucher wie BRD oder USA ein leichtes Spiel, gewünschte Preiserhöhungen der Produzenten mit Austrittsdrohungen aus der ICO vom Tisch zu wischen. Ohne die Großkonsumenten würde die ICO zusammenbrechen. Andererseits ist ihnen die Tatsache ein Dorn im Auge, daß außerhalb des Kaffeeabkommens sehr guter Kaffee zu sehr günstigen Preisen verkauft wird. Neuesten Informationen zufolge haben Israel und Algerien (Nichtmitglieder des Abkommens) kürzlich auf dem freien, nicht an das Abkommen gebundenen Markt riesige Mengen an Rohkaffee eingekauft, mehr als die Bevölkerung dieser Länder trinken kann. Das Gerücht geht um, daß der Kaffee lukrativ weiterverkauft werden soll, und zwar ohne die ICO.

Der Weltkaffeehandel ist in festen Händen. Alleine 65-70 % des gesamten Rohkaffee-Angebots kaufen zehn transnationale Firmen auf, darunter sind bekannte Namen wie General Foods, Jacobs, Coca Cola, Nestle und auch die Bernhardt Rothfos KG in Hamburg.

Gerade die Rothfos KG ist in letzter Zeit ins Gerede gekommen: Durch den Befreiungskampf in El Salvador gerieten die Interessen der Kaffee-Oligarchie in Gefahr. Die Angst, der Kaffee könnte in den Lagerhäusern durch die Guerilla vernichtet werden, brachte sie dazu, sich vertrauensvoll an die B. Rothfos KG zu wenden. In Zusammenarbeit mit der senatseigenen Hamburger Hafen- und Lagergesellschaft und mit einer 60 %-igen Vorfinanzierung

durch die Deutsch-Südamerikanische Bank ermöglichte die B. Rothfos KG der Junta in El Salvador, 50 % der Jahresernte 1983 (ca. 1 Mio. Sack) vorzeitig im Hamburger Freihafen zu lagern. Exportiert werden darf Kaffee jedoch nur entsprechend den Quartalsquoten der ICO. Den Kaffee-Baronen und ihrer Mario-nettenregierung gelang es so, mit deutscher Hilfe, die Kaffee-Ernte vor Aktionen der Befreiungsbewegung FMLN in Sicherheit zu bringen. Bei Redaktions-schluß war noch nicht klar, ob Rothfos auch dieses Jahr schon entsprechende Schritte eingeleitet hat, die Vermutung liegt jedoch nahe, da auch dieses Jahr Salvador-Kaffee extern gelagert wird. Die Ge-nehmigung der ICO soll bereits vorliegen.

was sonst noch alles für Machenschaften mit Kaffee lau-fen (z.B. im Subventionsparadies West-Berlin), welche Möglichkeiten zur Solidarität mit dem Kaffeezweig Ni-caragua es gibt beschreibt die Nachlese über die bun-desweite Kaffeeekampagne in diesem Heft.

Quellen für diesen Artikel und zum Weiterlesen empfoh-len: Sandino Dröhnung, Die Broschüre zum Kaffee der Berliner Kaffeegenossenschaft, Kaffee: Gewohnheit und Konsequenz, GEPA, Gegen die Macht der Kaffeeekonzerne, Informations-büro Wuppertal u.a., Schwarzbuch Hamburg - Dritte Welt, Bremen - Schlüssel zur Dritten Welt, Dia-Serie zum Kaffee (in Vorbereitung) Jürgen Mo-ritz, Anne Lengfeld, c/o FDCL, Gneisenastr. 2, 1000 Berlin 61



## SOLIDARITÄT

### Nachlese

**Bundesweite Aktionswoche vom 21.-28. Oktober 85**

# GEGEN DIE MACHT DER KAFFEEKONZERNE

**Die Gewinne denen, die den Kaffee anbauen.**

Im August-Heft der Lateinamerika-Nachrichten war der Aufruf zur Kaffeeekampagne bereits abgedruckt. Nachdem sich der Termin wegen der DGB-Aktionswoche verschoben hatte, war dann das Thema Kaffee in vielen bundesdeutschen Städten und West-Berlin Anlaß zu viel-fältigen Aktionen. Die ganze Kampagne wird getragen von Nica-ragua-, El Salvador-, Guatemala- und Honduras-Gruppen, von der Arbeitsgemeinschaft Dritte-Welt-Läden und von Kaffee-Gruppen, die Nicaragua- oder Tansania-Kaffee verkaufen. Kaffee ist nach Erdöl weltweit der wichtigste Rohstoff; Kaffee ist das beliebteste Getränk der Deutschen; vom Kaffee-Export hän-gen viele Dritte-Welt-Länder ab, so z.B. Nicaragua zu etwa 40% u. El Salvador zu etwa 55%.

Mittelamerika hat also etwas mit uns zu tun und die Ereignisse dort sind gar nicht so weit weg. Immer wieder haben wir die USA angeklagt, die ganz Mittelamerika immer weiter in ihren Krieg hineinziehen. Mit der Kampagne wollen wir Öffentlichkeit er-reichen und Druck ausüben. Nur öffentlicher Druck kann die US-Re-gierung und unsere Regierung, die den Kriegskurs der USA in Zen-tralamerika voll unterstützt, bewegen, ihre Politik zu ändern. Darüberhinaus wollen wir gerade am Beispiel Kaffee die Ursachen für die Situation in Mittelamerika aufzeigen. Wir wollen auch deutlich machen, daß die deutschen Kaffeeekonzerne ( Jacobs, Tchi-bo, Aldi, Eduscho etc.) nicht nur direkt an der Ausbeutung der dritten Welt beteiligt sind, sondern auch hier bei uns eiskalte Pro-fite mit dem heißen Getränk machen ( Rationalisierung, Ar-beitsplatzabbau, Unterlaufen des Mitbestimmungsrechtes etc). Gerade Berlin rückt hierbei immer mehr in den Mittelpunkt, da durch die Berlinsubventionen des Senats schon etwa 70% des gesam-ten Rohkaffee-Imports der Bundesrepublik hier in großen Rösterei-en verarbeitet wird. Das "Berlin-Förderungs-Gesetz" (BFG) bein-

hältet die folgenden Vergünstigungen:

- Vergünstigung der Umsatzsteuer ( entspricht der Mehrwertst.)
- Sonderabschreibung der Maschinen und Anlagen ( schon im 1. Jahr nach der Anschaffung können sie zu 75% von der Steuer abgeschrieben werden)
- Investitionszulagen, d.h. 10-40% des Anschaffungswertes für Maschinen werden erstattet
- Steuervergünstigungen bei ausgewiesenen Gewinnen

Eigentlich sollten durch die Maßnahmen des Gesetzes in Berlin Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Subventionen werden aber nur auf Neuinvestitionen gezahlt, d.h., das Gesetz bietet nur Anreize für umsatzstarke und kapitalintensive Massenproduktion. Der Senat unterstützt also noch die Wegrationalisierung der Arbeitsplätze und die Profitmacherei der Konzerne.

All diese Gründe haben uns veranlaßt eine Kaffeekampagne und eine Aktionswoche zu machen. In Berlin gab es während der Woche Veranstaltungen mit Ton-Dia-Serien, Videos und Theater zu folgenden Themen: Berlinsubventionen/ Arbeitsplatzabbau hier/ Konzernpolitik/ Internationales Kaffee-Abkommen/ Kaffeeproduktion und Ausbeutung in Mittelamerika/ Geschichte des Kaffees/ Direktimport-Kaffee als Alternative. Es gab aber auch eine Veranstaltung über die politische Situation und den Widerstand in den Ländern Zentralamerikas. Begleitet wurden die Veranstaltungen durch eine Rundreise von Betroffenen aus Nicaragua, El Salvador und Honduras ( in West-Deutschland auch aus Tansania; der geplante Besuch aus Guatemala war leider ausgefallen), die direkt über das Thema Kaffee und über die politische Situation in ihren Ländern berichteten. Es wurde auch über Solidarität mit den Ländern und über Perspektiven einer Solidarität hier diskutiert. noch wichtig im Zusammenhang mit der Aktionswoche war der öffentliche Aufruf des Vertreters aus El Salvador während einer Pressekonferenz. Er rief die Bundesbürger zu einem Boykott von El Salvador-Kaffee auf, weil durch die Kaffee-Mafia in seinem Land sein Volk unterdrückt wird. Er empfahl stattdessen Nicaragua-Kaffee zu kaufen.

Die Aktionswoche wurde noch erweitert durch Informationsstände in vielen deutschen Städten ( oft vor Kaffeefilialen u. Röstereien), durch Theatereinlagen auf der Straße oder durch verschiedene Aktionen gegen Kaffeegeschäfte von Tchibo und Eduscho. In Berlin gab es sogar einen, extra zu dem Zweck der Kampagne, angemieteten Informationsladen, der jedoch auf keine Resonanz stieß und wieder geschlossen wird. Auch werden sich die beteiligten Gruppen noch Gedanken zu dem doch etwas unbefriedigenden Verlauf der Woche machen müssen. Doch die Aktionswoche war der Beginn, die Kampagne soll weiterlaufen.

Wir werden nicht aufhören über Ausbeutung und Unterdrückung in der dritten Welt zu informieren und die Schuldigen direkt anzuklagen. Wir werden uns noch viele Aktionen überlegen und wir machen weiter am Thema Kaffee, denn KAFFEE KENNT JEDER !!!

Eine Möglichkeit, die Kampagne zu unterstützen, ist Direktimport-Kaffee zu kaufen oder zu abonnieren.

Was heißt nun Direktimport?

Ohne Einschaltung von Zwischenhändlern, Agenten, Maklern usw. wird der Kaffee direkt von der staatlichen Kaffeegesellschaft ENCAFE aus Nicaragua bezogen, d.h. die Verträge werden direkt mit ENCAFE gemacht. Außerdem wird der Kaffee an vorher festgelegten Tagen bestellt. Der dann gültige Weltmarktpreis wird bezahlt, egal ob er hoch oder niedrig ist. Das heißt: Ausschaltung von eigener Spekulation. Zusätzlich wird eine Spende von 10% des Kaufpreises gezahlt. Wir halten Direktimport von Nicaragua-Kaffee für einen Ansatz, Nicaragua ein Stück weit beim Versuch zu unterstützen, von der Abhängigkeit bestimmter Konzerne loszukommen. Durch die Ausschaltung von Zwischenhändlern soll denjenigen mehr Geld zufließen, die den Kaffee produzieren, z.B. den Kooperativen.

Wer verkauft direkt importierten Nicaragua-Kaffee?

- 1) GEPA ( Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der dritten Welt mbH, einer nicht-kommerziellen Organisation, die von den kirchlichen Entwicklungsdiensten, den evangelischen u. kath. Jugendverbänden, Dritte-Welt-Läden und Aktionsgruppen getragen wird )

--- GEPA zahlt die 10% über Weltmarktpreis an die UNAG ( Nationale Union der Landwirte und Viehzüchter in Nicaragua )

Adresse: GEPA, Talstraße 20, 5830 Schwelm

- 2) Zusammenschluß verschiedener Gruppen: Ökotoxia, Berlin/ Berliner Kaffeegenossenschaft i.Gr./ 3.W.Laden Coesfeld/ Soli-Shop 3.Welt, Frankfurt/ Nicaragua-Komitee, München/ 3.W.Laden, Bremen

--- die 10% über Weltmarktpreis gehen an ATC ( Landarbeitergewerkschaft ), UNAG ( Landwirt- u, Viehzüchtergewerkschaft ) und MINVAH ( Bauministerium)

Adresse: Ökotoxia und Berliner Kaffeegenossenschaft, Gneisenastr. 2a, 1000 Berlin 61

## 2 Jahre Gesundheitsbrigaden in Nicaragua

*Vielleicht erinnern sich aufmerksame Leser noch an die ersten großen Anzeigen für die Gesundheitsbrigaden. Unter dem Eindruck der Invasion der USA in Grenada und der Befürchtung einer Wiederholung in Nicaragua suchten wir Ende 83/Anfang 84 unter dem Motto "Nicaragua betrifft uns" dringend und ab sofort Ärzte/innen und Krankenschwestern/pfleger für einen dreimonatigen Einsatz in Nicaragua. Damals hat wohl niemand daran geglaubt, daß dieses Projekt so lange notwendig sein würde bzw. die Stabilität für eine kontinuierliche Arbeit erlangen würde. Insofern sind sich die Gesundheitsbrigaden und die Lateinamerika Nachrichten sehr ähnlich: wir freuen uns einerseits, daß unsere Arbeit eine Solidarität erreicht hat, die nur wenigen Projekten der Solidaritätsbewegung beschieden ist, andererseits wissen wir aber auch, daß es u.a. die aggressive Politik der USA gegenüber Lateinamerika ist, und ihre Unterstützung für Militärdiktaturen, die unsere Arbeit weiterhin notwendig macht.*

Für unser Projekt ist es von Anfang an bedeutsam gewesen, daß die medizinische Hilfe nur das eine Bein der Solidaritätsarbeit sein kann. Als das zweite, mindestens genau so wichtige Bein sehen wir die Öffentlichkeitsarbeit hier an. Wir haben uns daher bemüht, immer wieder öffentlich über unsere Arbeit zu berichten und die politische Situation Nicaraguas im internationalen Zusammenhang darzustellen. Besonders die zurückgekehrten Brigadisten haben in hunderten von Veranstaltungen ihre persönlichen Erfahrungen dargelegt und damit in ganz direkter und anschaulicher Weise die Lage beschrieben, wie sie in Nicaragua erlebt wird. So kann den Lügen und Halbwahrheiten der öffentlichen Medien hierzulande wenigstens ein kleines Stück Wahrheit entgegengesetzt werden.

Es ist unsere klare Absicht, eine politisch verantwortliche Hilfe zu leisten, d.h. wir wollen nicht rein karitativ einen Notfalleinsatz in die Wege leiten, ohne die politischen Hintergründe zu berücksichtigen. Unsere medizinischen Hilfsmaßnahmen sind eindeutig parteilich ausgerichtet: Wir treten für die Befreiung der Länder der 3. Welt ein. Und das bedeutet im Falle Nicaragua, wir unterstützen den Neuaufbau des dortigen Gesundheitswesens, welches unter der Zielvorstellung organisiert wird: Kostenlose medizinische Versorgung für alle, Betonung der Präventivmedizin, z.B. Impfkampagnen, Hygienemaßnahmen, allgemeine Aufklärung über medizinische Probleme. Dieser Neuaufbau ist unter den sich permanent verschärfenden Kriegsbedingungen allerdings in eine Defensive geraten. Es müssen also derzeit zuerst die Kräfte dafür mobilisiert werden, um das bisher Erreichte zu erhalten. In diesem Zusammenhang ist auch unsere Hilfsaktion zu bewerten. Wir sehen sie als sinnvoll und wichtig an, da sie, eingegliedert in das nicaraguanische Gesundheitssystem, die Aufrechterhaltung der kurativen Versorgung vor allem im ländlichen Bereich erleichtert. Es ist

uns bewußt, daß dies nur eine zeitlich begrenzte Aufgabe ist und sie letztendlich, wenn sich die politische Situation wieder beruhigt hat, von Nicaragua selbst übernommen werden muß.



### WAS HABEN WIR ERREICHT

Inzwischen haben ca. 80 Gesundheitsbrigadisten in Nicaragua gearbeitet bzw. sind dort noch tätig. Sie tragen dazu bei, die medizinische Versorgung in drei Orten sicherzustellen, die zu den besonders durch Überfälle der Contra betroffenen Gebieten gehören. In Matiguas und Nueva Guinea wurde erst durch die Gesundheitsbrigaden die Möglichkeit geschaffen, kleine und größere operative Eingriffe durchzuführen. Dies ist besonders angesichts der zunehmenden Anzahl von Kriegsverletzten eine wichtige Verbesserung der medizinischen Versorgung.

Von den Brigaden wurden viele weitergehende Hilfsaktionen in der BRD initiiert. So sind durch einen gemeinsamen Aufruf der Gesundheitsläden Frankfurt und Berlin in Zusammenarbeit mit medico international Materialspenden im Wert von mehreren Hunderttausend Mark nach Nicaragua geflossen. Ein weiteres Beispiel ist der neue Krankenwagen für Matiguas, der durch das Engagement der Medizinhilfe Matagalpa (aus Hamburg) gekauft werden konnte.

### EINIGES ZU UNSEREN FINANZEN

Wir sind eine relativ kleine Organisation, die den Einsatz der Gesundheitsbrigaden durch Spenden finanziert. Unser Spendenaufkommen ist abhängig von der Solidarität mit Nicaragua. Deswegen an

dieser Stelle ein Danke Schön für eure Spenden, durch die die Unterstützung des Aufbaus des nicaraguanischen Gesundheitswesens möglich ist.

Die Nicaraguaner schätzen den Wert unserer Arbeit und haben uns gebeten für mindestens ein weiteres Jahr Gesundheitsbrigaden nach Nicaragua zu entsenden. Deswegen sind wir auch weiterhin auf eure Spenden angewiesen.



Ausführliche Informationen und Beschreibungen der Arbeit sind in dem Buch enthalten:

"... und ich weiß, daß ich noch bleiben will" - Gesundheitsbrigaden in Nicaragua, edition Schwarze Risse, Berlin 1984

**Gesundheitsbrigaden für Nicaragua**  
Wir suchen auch in diesem Jahr  
**DRINGEND**  
für einen Einsatz  
im Rahmen unseres  
Projektes

**ÄRZTE/INNEN**  
+ vor allem:  
**CHIRURG(EN)/INNEN**

Spenden erbeten auf das Konto: Medizinisches Informations- und Kommunikationszentrum, Gesundheitsladen Berlin e.V., Sonderkonto »Nicaragua«, Postgirokonto Nr. 385 13-105 Postgiroamt Berlin West (Spendenbescheinigung möglich)

Kontakt: Gesundheitsladen Berlin, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

## Tepito: Hier kriegt uns keiner raus!

Eine kleine Sackgasse in Tepito, im Zentrum von Mexiko Stadt. Die Straße ist vollgestellt mit zeltähnlichen Konstruktionen, improvisiert hochgezogen aus Holzlatten, Tüchern und Plastikplanen. Darunter leben die aus ihren Wohnungen durch das Erdbeben vertriebenen Menschen mit ihren wenigen Habseligkeiten. Für wie lange, das wissen sie nicht, aber sie sind entschlossen, vor ihren zerstörten Wohnungen auszuharren, bis die Frage des Wiederaufbaus entschieden ist.

Die Bewohner des Viertels haben sich in Selbsthilfegruppen zusammengeschlossen, die die Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln, Kleidung und Medikamenten organisieren. Zehntausende von Menschen müssen auf diese Weise jetzt versorgt werden.

Sie lehnen die Versuche der Regierung ab, sie in staatliche Herbergen umzuquartieren, da sie wissen, daß damit die Vertreibung aus ihrem Wohngebiet besiegelt wäre. Seit Jahrzehnten kämpfen sie schon gegen die Pläne des Staates, Tepito zu modernisieren, d.h. eine Flächensanierung durchzuführen, um Raum zu schaffen für Wohnsiedlungen und kommerzielle Zentren, deren Mieten für die jetzigen Bewohner unerschwinglich wären und die gleichzeitig das Ende der historisch gewachsenen Lebenskultur ihres Viertels bedeuten würde.

Von den internationalen Hilfsgütern ist in Tepito so gut wie nichts angekommen. Auch die Hilfe der staatlichen Verwaltungsstellen ist unzureichend. Von daher ist es in Tepito dringend erforderlich und sinnvoll, eine Direkthilfe zu organisieren. D.h., einerseits mit Lebensmitteln, Decken, Medikamenten dazu beizutragen, daß die Bewohner dort vor Ort bleiben können und ihre "Stellung halten" können - andererseits sie bei den beginnenden genossenschaftlichen Bauvorhaben dann materiell zu unterstützen.

Wir sind eine Gruppe von Deutschen, die seit längerem in Mexiko in unterschiedlichen Zusammenhängen arbeiten (Journalismus, Entwicklungsprojekte) und halten es auf Grund der auch in den letzten Wochen bei der ersten Hilfsarbeit gemachten Erfahrungen für sinnvoll, eine Direkthilfe für Tepito zu organisieren. Wir bitten um Spenden auf das Konto:

Stichwort TEPITO, Konto-Nr. 80 380 36, Deutsche Bank Hannover, BLZ 250 700 70

Über die Verwendung der Gelder und die Entwicklung in Tepito werden wir regelmäßig berichten. Wer uns schreiben möchte und Informationen will, wende sich an: G. Aschemann, Salvatierra 45, Col. San Miguel Chapultepec, C.P. 11850 Mexiko D.F., Mexiko. Kontaktadresse in Berlin: Ursula Klesing-Rempel, Regensburger Str. 33, 1000 Berlin 30  
Informationen zum Erdbeben in Mexiko: siehe LN 142, S. 70ff.

# Aufruf zur Unterstützung des Verteidigungskampfes der sandinistischen Revolution in Nicaragua

Wir, das sind Mitglieder aus verschiedenen Berliner Gruppen, die Projekte in Nicaragua unterstützen und zum größten Teil auch dort gearbeitet haben, rufen Euch auf, Eure Solidaritätsarbeit für Nicaragua über die konkrete Unterstützung von einzelnen Projekten im sozialen oder ökonomischen Bereich hinaus zu erweitern und konkret den Verteidigungskampf der nicaraguanischen Revolution zu unterstützen.

Wir wollen versuchen, hier Geld und Ausrüstungsgegenstände für das nicaraguanische Volksheer (EPS) zu sammeln.

Entstanden ist diese Idee zum Einen aus dem direkten Kontakt Einzelner von uns mit Armeeangehörigen und der Konfrontation mit ihren Bedingungen wie schlechte Ausrüstung, daraus folgende Krankheiten etc., und zum anderen aus den Berichten in der Presse über den permanenten andauernden Kriegszustand (z.B. der Angriff auf Bluefields vor kurzem) und auch aus Briefen von Brigadisten über die sich z.T. zuspitzende Situation (z.B. Region Nueva Guinea). Viele von uns haben in nicaraguanischen Familien gelebt und die Auswirkungen des Krieges unmittelbar erfahren. Durch den Krieg sind viele Familien einer ständigen Angst um den Verlust ihres Sohnes ausgesetzt. Sie selbst beteiligen sich ebenfalls in der Miliz oder durch Nachtwachen an der Verteidigung ihrer Produktionsmittel und sozialen Einrichtungen.

Wir sehen die Notwendigkeit, nicht mehr nur alleine Krankenhäuser, Werkstätten oder Flüchtlingsiedlungen zu bauen, die dann permanent gefährdet sind, sondern auch direkt die Verteidigung dieser Einrichtungen zu unterstützen, auch wenn vielleicht manche Projekte im Moment nicht direkt betroffen sind.

Wir sind einhellig der Meinung, daß der bewaffnete Kampf hier notwendig ist, um das in der Revolution erreichte gegen die Aggression von außen zu verteidigen. Da es aber im Moment für das EPS nicht das Problem ist, an Waffen zu kommen, haben wir uns entschieden, Ausrüstungsgegenstände wie Regenponchos/Mäntel, gute Rucksäcke, Stiefel, Ferngläser, Decken (keine Wolle) und Verbandsmaterial (keine Medikamente) bzw. das Geld dafür zu sammeln. Der Kauf und die Verteilung erfolgt in Absprache mit dem Comité de apoyo de los Combatientes in Nicaragua.

Darüberhinaus besteht persönlicher Kontakt mit dem BLI (batallion de lucha irregular - Spezialeinheit zu Contrabekämpfung) "Sokrates Sandino", dem wir in einer Art Partnerschaft unsere Solidarität ausdrücken wollen, z.B. durch regelmäßige Briefe und auch

weiter durch direkten Kontakt mit Projektmitgliedern in Nicaragua.

Es geht uns hier nicht um militärische Unterstützung, sondern um die einzelnen Frauen und Männer, die in den Einheiten physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt sind und die wir in dieser Situation nach Möglichkeit unterstützen wollen!

Kontakt und Sammelstelle: Lothar Werner, Ellricher Str. 18, 1000 Berlin 47

Konto: Sonderkonto EPS, Bank f. Gemeinwirtschaft, BLZ 100 101 11, Konto 2595158701

Komitee zur Unterstützung der Kämpfer des sandinistischen Volksheeres

## Solidaritätskonzert

Freitag, 13. Dezember 1985, 21 Uhr,  
Alte TU-Mensa, Hardenbergstraße, 1000 Berlin 12

"TANZ FÜR DEN KAMPF"

*Leningrad Sandwich*  
*Brest*  
*Family Fire*

**NICARAGUA SIEGEN HELFEN**

Veranstalter: Komitee zur Unterstützung der Kämpfer des Sandinistischen Volksheeres

## KULTUR

### Teatro Vivo

"Brecht sagte, das Theater müsse in den Dienst der Revolution gestellt werden. Ich glaube, das Theater muß Bestandteil der Revolution sein. Es steht nicht im Dienste, es ist Teil der Revolution, Vorbereitung auf sie, ihre Generalprobe".

(Augusto Boal)

### ZUM TEATRO VIVO

Guatemala ist ein Land, in dem die brutale Unterdrückung der Bevölkerung, die ja fast zu zwei Drittel aus Maya-Indianer besteht, eine lange Tradition hat. Das Exil des "Teatro Vivo de Guatemala" ist ein Stück der unmenschlichen Realität Guatemalas.

"Unser Bedürfnis, als Individuen sinnvoll miteinander zu kommunizieren hat uns dazu geführt, die Form des Kollektivs zu wählen". Dies wurde die Grundlage für alle Aktivitäten, die Teatro Vivo seit 1977 unternommen hat. "Die Auseinandersetzung mit Theorie und Praxis des Theaters, dazu die permanente Interaktion mit den unterschiedlichsten Zuschauern, haben das Theater zu unserer zentralen Beschäftigung gemacht. Der gegenseitige Kontakt mit den Zuschauern in den 'barrios', den 'Städten', den 'Kulturzentren', 'Schulen', 'Gefängnissen', etc. und der Austausch der Erfahrung mit ländlichen und städtischen Theatergruppen sind ein wichtiger Teil unserer Geschichte. Unser Ziel ist es, ein Theater zu realisieren, das sich mit unserer sozialen Realität beschäftigt, zu verändern hilft und selbst offen ist für eigene Entwicklung".

Die Gruppe, die von ihrem Exil in Paris aus Tourneen in ganz Amerika und Europa unternimmt, ist jetzt in Deutschland um zwei Stücke darzubieten:

- Die Welt der Esel (El Mundo de los Burros)
- Die Grenze (La Frontera)

"Die Welt der Esel": Ist ein Stück in fünf Szenen, in denen die Geschichte einer armen Familie, der Burros, gezeigt wird. Bei ihnen dreht sich alles um das Überleben, wobei es ihnen nicht besser geht, als eben den geprügelten Lastesele. Phantastisch gelingt dem "Teatro Vivo" die schauspielerische Übertragung, ohne etwas von der politischen Brisanz dessen einzubüßen, was da gezeigt wird. Die ausdrucksstarke Körpersprache macht das Stück auch für ein deutsches Publikum verständlich.

In ihrem neuen Stück "Die Grenze" behandelt "Teatro Vivo" die Problematik der Flüchtlinge. Beide Stücke werden nacheinander zur Aufführung gebracht und dies ist ein Ereignis, das sich niemand entgehen lassen sollte: das "Teatro Vivo" trägt seinen Namen zu Recht: es stellt lebendiges Theater aus Guatemala und El Salvador vor, das den Besuch allemal lohnt.

#### **Auftritte des TEATRO VIVO:**

28.11.: Duisburg / 29.11.: Aachen / 30.11.: Trier / 1.-4.12., 6.12. u. 18.12.: Köln / 5.12.: Leverkusen / 7.12.: Essen / 10.12.: Korbach / 11.12.: Warburg / 12.12.: Kreuztal / 13.12.: Hamburg / 14.12.: Kassel / 15.12.: Göttingen / 17.12.: Coburg / 19.12.: Osnabrück / 20.12. Kleve.

## REZENSIONEN

### Atlantikküste Nicaraguas

WOLFGANG GABBERT: DIE ATLANTIKKÜSTE NICARAGUAS - FEHLENDE NATIONALSTAATLICHE INTEGRATION, ERBE VON KOLONIALISMUS UND BEREICHERUNGSDIKTATUR, Tadok Entwicklungsperspektiven 15/16, Kassel 1985 (zu beziehen über: Lateinamerika Nachrichten - Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61)

Die Solidaritätsbewegung nahm die nicaraguanische Realität zunächst aus der Sicht der FSLN wahr. Nicaragua war danach im wesentlichen das Nicaragua der Pazifikküste; dort befinden sich die politischen, wirtschaftlichen und Bevölkerungszentren, dort vor allem fand der Kampf der Guerrillaverbände der FSLN und die städtischen Aufstände statt. Wurden nach dem Sieg der Sandinisten 1979 feindliche Maßnahmen etwa der USA und des nicaraguanischen Kapitals durchaus erwartet, so überraschte allenthalben das Auftreten einer quantitativ bedeutenden aktiven Opposition gegen die FSLN, der Organisationen der Miskitos. Die Interpretationen des Konfliktes zwischen oppositionellen Miskitos und FSLN, der sich seit 1981 auch mit militärischen Mitteln entwickelte, reichen von der Manipulation der "rückständigen Indianer" durch CIA und Somozisten bis hin zum "Völkermord" durch die FSLN.

Angesichts der weitverbreiteten Unkenntnis über die tatsächlichen Verhältnisse an der Atlantikküste tut Information Not. Das vorliegende Buch analysiert die Entwicklung der Atlantikküste von der vorkolonialen Zeit bis in "unsere Tage". Es wird u.a. dargestellt, inwiefern die Miskito eine "koloniale Ethnie" sind, welche Rolle die Mährische Kirche bei der Zerstörung der traditionellen sozialen Strukturen, der Einführung der Lohnarbeit, aber auch der Bildung einer neuen Identität spielte, welche Ausbeutungsstrukturen sich in den von US-Konzernen dominierten Enklavenwirtschaften herausbildeten, wie soziale und ethnische Gliederung zusammenhängen und welche ökologischen Zerstörungen diese Entwicklung mit sich brachte. Es entsteht ein differenziertes Bild der Gesellschaft an der Atlantikküste, die zur Zeit der sandinistischen Revolution weit davon entfernt ist, eine "indianische Idylle" zu sein, oder auch nur das Potential zu bewahren, sich zu einer solchen (zurück)zu entwickeln.

Einleuchtend wird dargestellt, wie die historischen Konflikte zwischen Miskitos und "Spaniern" und ihre aktuellen Formen (etwa zwischen Siedlern von der Pazifikküste und Miskitogemeinden) eine problemlose Integration der Atlantikküste bei völliger Wahrung der bestehenden kulturellen Identitäten unmöglich machen. Die FSLN, in der durchaus unterschiedliche Interpretationen dieses

Problems bestehen, hat in ihrer Politik der Stärkung (und zum Teil überhaupt erst Schaffung) des Nationalstaats zumindest anfangs auf eine nationale Homogenisierung hingearbeitet, die wenig Raum für Autonomievorstellungen ließ. Die Chance, die revolutionäre Staatsmacht etwa über die sozialen Verbesserungen zu legitimieren, wurde durch die Politik der frühen MISURASATA, diese Leistungen für sich zu reklamieren, die wirtschaftlichen Probleme und repressive Maßnahmen zunächst verspielt. Die Darstellung des Konflikts Miskitos - Sandinisten liefert damit auch Material für die Analyse der Problematik nationalstaatlich organisierter Entwicklung, die nicht allein für Nicaragua bedeutsam ist.

Die geschichtliche Entwicklung der Atlantikküste und die Genese des Konflikts zwischen den Miskitos und der FSLN werden in diesem Buch übersichtlich und detailliert erläutert, ohne daß zu allen Fragen endgültige Antworten behauptet werden (vielmehr wird auf Lücken der bisherigen Forschungsarbeiten hingewiesen). Gleichzeitig werden Fakten benannt, die - neben dem notwendigen Ende der militärischen Aggression von außen - für eine zwar nicht konfliktfreie, aber doch konstruktive Kooperation zwischen der FSLN und den Gemeinden der Atlantikküste von Bedeutung sind. Damit wird auch ein Bogen zu einem besseren Verständnis der neuesten Entwicklung (vgl. LN 142) geschlagen.

## Ist Freires Pädagogik übertragbar?

Bei diesem Buch handelt es sich offensichtlich um eine ältere wissenschaftliche Erstlingsarbeit (Dipomarbeit), die erst in diesem Jahr veröffentlicht wurde. Anders kann ich mir nicht erklären, daß keine einzige Anmerkung und keine einzige Literaturangabe aus den 80er Jahren verwendet wurde. Ein so wichtiges Werk wie Freires "Der Lehrer ist Politiker und Künstler" von 1981 kann der Autor einfach nicht übersehen haben. Der Lauterkeit halber hätte der Verlag in einem Vorspann darauf hinweisen müssen, anstatt dem Leser den Inhalt des Buches als neu zu präsentieren.

Die Arbeit ist in drei Hauptteile gegliedert. Ausgehend von den ökonomisch-sozialen Verhältnissen des Nordostens von Brasilien skizziert der Autor im ersten Teil auf 35 Seiten die dortigen Klassenverhältnisse und ihre Auswirkungen auf die unterdrückte Bevölkerung. Er zeigt auf, daß gesellschaftliche Bedingungen und Freires persönliche Erfahrungen seine pädagogische Konzeption beeinflusst haben.

Im zweiten Teil wird die päd. Konzeption thematisiert, sie entstand aus der Praxis seiner Bildungsarbeit mit erwachsenen campesinos. Seine praktischen Erfahrungen reflektierend kam Freire erst nach und nach zur theoretischen Fundierung seiner Pädagogik. Diesen Vorgang skizziert der Autor auf 25 Seiten, dabei kommt Freires päd. Praxis anhand der "generativen Themen" ebenso zur Sprache, wie die

Analyse der herkömmlichen Erziehungsmethoden, die Freire als "Bankierskonzept der Erziehung" kennzeichnet und die sich durch ein hierarchisches Herrschaftsverhältnis auszeichnen. Auch Freires theoretische Konzeption, dessen Zentrum aus "Dialog" und "conscientizacao" besteht, wird kurz und prägnant dargestellt. Der Autor läßt Freire oft selbst zu Wort kommen und verarbeitet in seiner anschließenden Einschätzung die Ergebnisse wichtiger - auch unveröffentlichter - Literatur. Beide Hauptteile eignen sich gut für den Einstieg in die Befreiungspädagogik. Dem Freire-Anfänger wird eine systematische Einführung geboten; das wird ihm den Einstieg in die Pädagogik der Unterdrückten erleichtern, weil Freire selber keine systematische Darstellung seiner Pädagogik formuliert hat und dieses auch aus verschiedenen Gründen ablehnt.

Im dritten Teil werden zuerst die gesellschaftlichen Bedingungen der BRD untersucht. Sozialstruktur und wirtschaftliche Entwicklung, staatliche Rechtfertigungsideologien und die Lage sowie das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter werden dargestellt. Mit seinem eigentlichen Thema, ob und inwieweit Freires Pädagogik auf die bundesrepublikanische Arbeiterbildung übertragbar ist und wie sie fruchtbar gemacht werden kann, setzt sich der Autor - auch im Rahmen einer zeitgebundenen Arbeit - zu kurz auseinander. Ganze 14 Seiten widmet er der "conscientisierenden Arbeiterbildung" in der BRD und ihrer Realisierungschance. Der Leser sollte daher keine ausgefeilte päd. Konzeption zur deutschen Arbeiterbildung erwarten. Die Arbeit vermittelt lediglich erste Denkanstöße zur Übertragbarkeit.

Rolf Bräuer, Soziale Konstitutionsbedingungen politischen Lernens in der Theorie Paulo Freires...., Frankfurt 1985

## Spiritualität und Befreiung

Spiritualität und Befreiung schließen sich nach Jon Sobrino (El Salvador) nicht gegenseitig aus, sondern erfordern sich gegenseitig. "In Wirklichkeit ist es das, was die lateinamerikanische Kirche wiederentdeckt hat: Kampf für die Befreiung von der ungerechten Armut und vertrauensvolle Öffnung in Gott."

In seinem Vortrag "Die Kirche und der Nord-Süd-Konflikt" bezeichnet Pablo Richard (Costa Rica) diesen Konflikt als den Konflikt unserer Zeit. Die Mehrheit der Menschen der "Dritten Welt" zählen für die Minderheit der "Ersten Welt" nicht. Für die Kirchen bedeutet dies endlich eindeutig Partei für die Armen zu ergreifen.

Beide Aufsätze sind von den "Christen für den Sozialismus" übersetzt und in der CfS-Korrespondenz 50/51 abgedruckt worden, dazu u.a. auch ein Bericht vom Weltkongreß der "Christen in den Befreiungskämpfen".

Bezug: Büro der CfS, Gabi Sturm, Rudowerstr. 31 a, 48 Bielefeld 1

## Zeitschriftenschau

**NICARAGUA AKTUELL**, Nr. 4, Okt. 1985

Botschaft von Nicaragua, Konstantinstr. 41, 5300 Bonn 2  
Interview mit Präsident Daniel Ortega Saavedra (von Gregorio Selser) / Fidel Castro: Interview mit der spanischen Agentur EFE am 13. 2. 85 / Nationaler Notstand in Nicaragua aus der Sicht einer derzeit in Managua arbeitenden deutschen Gewerkschafterin / Spendenaufruf für NICARAGUA AKTUELL / Beilage: Information über die Situation der Miskitoindianer; ein Bericht der deutschen Entwicklungshelferin Regine Schmeemann.

**blätter des iz3w**, Nr. 129, Nov. 1985

Postfach 5328, 7800 Freiburg  
Themenschwerpunkt dieser Ausgabe ist die "Türkei - 5 Jahre nach dem Putsch". In ausführlichen Artikeln wird u.a. auf die wirtschaftliche Situation, Menschenrechtsverletzungen, die Lage von Minderheiten, Re-Islamisierungstendenzen oder auf die Bedeutung der Türkei für die NATO eingegangen. Weitere Artikel befassen sich unter anderem mit Eritrea, Honduras, Sri Lanka, Nepal sowie mit Büchern aus und über Südafrika. Außerdem: Ausführliche Chronik zu den jüngsten Ereignissen in Südafrika, ein Reisebericht über Medien in Vietnam.

**PERIPHERIE**, Nr. 21, Sommer 1985

LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61  
**Transnationale Konzerne**  
D. Haude: Transnationale Unternehmen, Industrialisierung in der Peripherie und kapitalistische Entwicklung / W. Smith: Japanische Fabrik - malaysische Arbeiter. Zum "japanischen" Modell industrieller Beziehungen / U. Hoering: Bhopal und kein Ende oder: Der Second hand-Kapitalismus und die Ökologie / D. Hansohm, K. Wohlmuth: Transnationale Konzerne der Dritten Welt und der Entwicklungsprozeß armer Länder / G. Hauck: Vorbemerkungen zu einer materialistischen Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung.

**BOLIVIA**, Nr. 55, Sept./Okt. 85

SAGO-Informationszentrum, Forsterstr. 41, 1000 Berlin 36  
**Bolivien nach der Wahl**  
Die Endergebnisse / Die Wahl des Präsidenten / Die Amtsübernahme / Victor Paz's neue Wirtschaftspolitik / Reaktionen / Interview mit Victor Morales Bravo.

**Entwicklungspolitische Korrespondenz**, 3/85, Oktober

Postfach 2846, 2000 Hamburg 20  
**GEGENMACHT? Soziale Bewegungen in Asien und im Pazifik.**  
Neue Ansätze: Organisation und Bewußtseinsbildung; Die NGO-Bewegung in Thailand; Gesundheit und Befreiung auf Samar/Philippinen; Christliche Basisgemeinden auf den Philippinen; SEWA: Frauengewerkschaft in Indien; Selbsthilfeförderung im BMZ; Die Consumer Association of Penang; Widerstand gegen atomare Verseuchung des Pazifik; Nagriamel: Vom Scheitern einer sozialen Bewegung; Arbeiter gegen Staatsgewalt - zur Geschichte der Urban Industrial Mission in Südkorea; Eine neue Stufe der Arbeiterbewegung in Südkorea.

epd-Entwicklungspolitik, 20/21/85

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17  
W. Olle: Abschied von der 'neuen internationalen Arbeitsteilung'? / R. Schmid: Pharma-Industrie nimmt Kritiker ernst / L. Meyer: BRD-Waffenexporte - Dritte Welt / UN-Fraundekade: eine philippinische Einschätzung.

## Eingegangene Bücher

Gioconda Belli, **Wenn du mich lieben willst**, Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1985

Ernesto Cardenal, **In der Nacht leuchten die Worte**, Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1985.

Ernesto Cardenal, **In Kuba**, Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1985.

Dietmar Schönherr, **Nicaragua, mi amor**, Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 1985.

Herbert Meyer, Bernd Weidemann, **Kalender gegen den Krieg 1986**, Die Werkstatt, Göttingen, 1985.

"**Socialist Housing**", Trialog. Zeitschrift für das Bauen und Planen in der Dritten Welt, c/o Fachgebiet Planen und Bauen in Entwicklungsländern, TH, Petersenstr. 15, 6100 Darmstadt, 1985.

Sue Branford, Oriel Glock, **The Last Frontier. Fighting Over Land in the Amazon**, Zed Books Ltd., London, 1985

Da Cunha, Loetscher, Vargas Llosa u.a., **Schön wie ein Ja in einem Saal voller Nein**, Edition diá, St.Gallen/Wuppertal, 1985

Bundesvorstand der Jungen Europäischen Föderalisten (Hrsg.), **FORUM. Zeitschrift für transnationale Politik, Die schwarze Internationale. Dunkelmänner der Macht in Europa**, Forum Europa Verlag, Bonn, 1985.

Peter E. Stüben (Hrsg.), **Kahlschlag im Paradies. Die Vernichtung der Regenwälder - Das Ende der Stammesvölker**, Focus Verlag, Gießen, 1985

Mario Benedetti, **Verteidigung der Freude**, Gedichte, edition CON, Bremen, 1985.

Ruben Gallucci, **Morgen ist ein anderer Tag**. Roman aus Argentinien, edition CON, Bremen, 1985.

Pablo Neruda, **Elementare Oden, Neue elementare Oden, Drittes Buch der Oden**, Sammlung Luchterhand 421, Darmstadt u. Neuwied, 1985

Thomas Mayr, **Unterdrückung und indianischer Widerstand in Columbien**, Das Beispiel des CRIC (Regionaler Indianerrat des Cauca), Reihe Entwicklungsperspektiven der GhK, Kassel, 1985, Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

# SANDINO DROHNUNG



**Die Gewinne denen,  
die den Kaffee anbauen  
gegen die Macht der Kaffee-Konzerne**

## NICARAGUA

Ein Traum  
der  
unzerstörbar  
ist



*Cornelia Dilg*

1986

Lesen und sehen sind zweierlei. Die Fotos von Cornelia Dilg, die drei Jahre lang als Fotografin Nicaragua kennen lernte, zeigen meist Menschen.

Es sind die Menschen, die ihren Gesundheitsdienst, ihre Schulen, ihren Feld, auch Erwachsenen Lesen und Schreiben beizubringen, verteidigen — vor allem aber ihren Boden, das Land. Sie haben all das durch ihren Befreiungskampf unter Führung der Sandinisten gegen die blutige Diktatur Somozas erobert, die das Volk 40 Jahre lang ausplünderte und unterdrückte.

Dieses Volk weiß, warum es sich mit der Waffe in der Hand gegen die von der Reagan-Regierung ausgebildeten, ausgerüsteten, finanzierten terroristischen Mörderbanden der „Contras“ zur Wehr setzt. Wer diese Bilder sieht, wer liest, was sie aussagen, muß sich sehnlichst wünschen, an der Seite dieses Volkes zu stehen im Kampf für seine Freiheit, seine Demokratie und die sozialen Erfolge, um zu verhindern, daß all dies zerschlagen wird!

**14 Seiten, DIN A 3, DM 14,80. Incl. Porto & Verp.**

*Neuerscheinungen November 1985*

**Helga Ballauf (Hg.)**

**Wir alle sind  
Nicaragua**

Interviews und Berichte einer Gruppe Münchner GEW-Mitglieder, die Ende '84 nach Nicaragua fuhren um in einem kleinen Dorf Diriomito eine

Schule bauen zu helfen.

96 Seiten, DM 9,80

**Jaime Wheelock**

**Nicaragua — Die große  
Herausforderung**

2. Auflage, 120 Seiten, DM 10,80

*isp-Verlag GmbH, Postfach 111017, 6000 Frankfurt 1,  
PSchKto 33386-606, PSchA Frankfurt am Main.*



## Bloch- Sonderheft der „links“

**Aus dem Inhalt:** J. Robert Bloch – Dreams of a Better Life  
Peter Zudeick – Bloch ausbeuten! ● Alfred Cassebaum –  
Ein Stonehenge des Marxismus ● Joachim Perels – Blochs Begriff  
subversiver Überlieferung  
Weitere Autoren: Brumlik, Trepl, Türcke, v. Gleich, Thaa u.a.

DM 6,- plus 1,40 Porto nur gegen

Voreinsendung bei SB, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.  
Oder im linken Buchhandel.



### Dokumentation **OSTERINSEL**



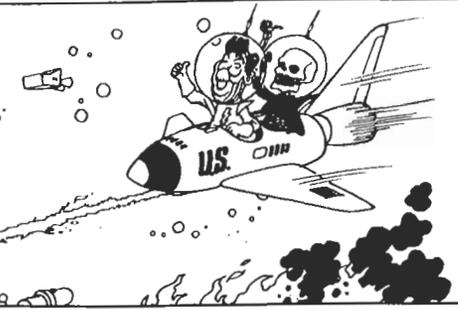
Vom Naturpark  
zum Horchposten  
des Pentagon

ZU BESTELLEN BEI:  
ECOPRESS  
POSTFACH 11 03 09  
1000 BERLIN 11

Einzelheft: DM 5,-, 10 Hefte: DM 40,-

AIB-Sonderheft 4/1985

## Rüstung im All Gefahren für die Dritte Welt



Reagans „Sternenkriegs“-Programm läßt nur einen Schluß zu: Es dient nicht zur Verteidigung sondern zum atomaren Erstschlag. Wirtschaftlich und militärisch wird es auch die Dritte Welt nicht ungeschoren lassen.

Das AIB-Sonderheft 4/1985 „Rüstung im All – Gefahren für die Dritte Welt“ (28 Seiten, 2 DM) informiert über folgende Themen:

Technische und strategische Aspekte von SDI ● Europa und SDI ● Ist EUREKA eine zivile Alternative? ● Wirtschaftliche und politische Auswirkungen für die Dritte Welt ● Können die Welt-  
raumwaffen zur Kriegsführung in der Dritten Welt eingesetzt werden? ● Dokumentenanhang

**AIB**  
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

**Kostenlose AIB-Probehefte anfordern!**

AIB, Liebigstr. 46, D-3550 Marburg, Tel. 0 64 21 / 2 46 72

Bezugsbedingungen: Sonderheft 2 DM; Monatsausgabe 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Abonnement 25 DM; 33% Rabatt ab 10 Expl., Vorauszahlung in Briefmarken bei Bestellungen unter 10 DM (0,60 DM Porto pro Heft beifügen).

### BRD und „Dritte Welt“ 9



**Außenhandel**  
Wieviel verdient die BRD in und an Mittelamerika, was importiert und exportiert sie, welches sind ihre Interessen und die Konsequenzen für die Außenpolitik?  
48 Seiten, 4,- DM

### BRD und „Dritte Welt“ 14



**Wende in der Entwicklungspolitik**  
Die Anfänge der Entwicklungspolitik unter Adenauer, unter den Hallstein-Doktrin, unter Eppler, Schlei, Bahr – jetzt die „Fälle“ Nicaragua und El Salvador – was heißt hier Wende?  
48 Seiten, 4,- DM

### BRD und „Dritte Welt“ 20



**Nicaragua - Solidarität**  
Die Entstehung der Nicaragua-Solidarität 1977/78, der Sieg in Nicaragua, Solidarität mit der „FSLN an der Macht“, dann der Miskito-Konflikt – wie reagierten die Komitees?  
48 Seiten, 4,- DM

## DIE BRD IN MITTELAMERIKA 3 HEFTE ZUSAMMEN 10 MARK

Jedes Jahr 10 Hefte, jeweils 48 Seiten, 4,- DM. Jahresabo 28,- DM (30 % Rabatt).

Titel - Liste anfordern!

Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1